

Heinrich Laufenberg/Fritz Wolffheim: Moskau und die deutsche Revolution

Eine kritische Erledigung der bolschewistischen Methoden

Kommunistischer Kulturverlag der Kopf- und Handarbeiter Deutschlands,
Anton Willaschek & Co. GmbH, Hamburg, Steindamm 98.

1920

M O S K A U U N D D I E D E U T S C H E R E V O L U T I O N

EINE KRITISCHE ERLEDIGUNG DER
BOLSCHEWISTISCHEN METHODEN



HEINRICH LAUFENBERG
FRITZ WOLFFHEIM

KOMMUNISTISCHER KULTURVERLAG DER KOPF- UND HAND-
ARBEITER DEUTSCHLANDS, ANTON WILLASCHEK & CO.
G. M. B. H., HAMBURG, STEINDAMM 98.

I.

Solange in Hamburg eine praktische Politik der Revolution betrieben wird, war sie auf die Vernichtung aller kapitalistischen Formen in Politik und Wirtschaft gerichtet. Sie hat es daher vom ersten Tage an abgelehnt, jene scheinrevolutionären Methoden anzuerkennen, die unter Mißbrauch der revolutionären Kräfte der Massen darauf hinausliefen, eine nationale Klasse von Unternehmern durch eine internationale Sippe von Blutsaugern und Ausbeutern zu ersetzen. Die volle Entfesselung der in der kapitalistischen Wirtschaft und ihren Organisationen gebundenen Massenkräfte, die aus sich heraus auf den durch die Geschichte und die Kultur des Volkes gegebenen Grundlagen die Organe eines neuen Staates und einer neuen Wirtschaft zu schaffen hatten, war ihr Ziel. Und wie sie in der Novembererhebung eintrat für die Begründung des proletarischen Staates und die Inangriffnahme der sozialistischen Organisation der Arbeit, während die von der Moskauer Regierung subventionierten Parteien der Unabhängigen und des Spartakusbundes die Revolution, kaum daß sie da war, preisgaben und verrieten, hat sie in allen Phasen des nachfolgenden Zusammenbruchs den rücksichtslosesten Kampf gegen die offenen und verkappten Agenten des internationalen Finanzkapitals geführt.

Danach versteht es sich von selbst, wenn die revolutionäre Hamburger Politik den Mittelpunkt für alle Angriffe und Beschimpfungen bildet, die gegen die deutsche Revolution geschleudert werden. Die keifenden Parteiauguren demokratischer und sozialdemokratischer Observanz, die Pogromschreier der Preußenclique, die Leviten des Bürgerkrieges im Spartakusbunde, sie alle haben keine Mühe gespart, um den verhaßtesten und gefährlichsten ihrer Gegner [4:] unter einer Flut von Verleumdungen zu ersticken. Vergebens! Trotz aller Anstrengungen, ihr den Atem abzapfen, gewinnt die Hamburger Orientierung an Boden. Und wenn letztthin jenen Grazien der kapitalistischen Verwesung sich das Exekutivkomitee der sogenannten dritten Internationale beigegeben hat in dem verwegenen Wahn, mit der Autorität seines Instanzenklüngels der revolutionären Hamburger Politik ein unrühmliches Ende bereiten zu können, so wird auch diese verzweifelte Pose die *entscheidende Wendung, die sich zur Zeit in der revolutionären Bewegung Deutschlands vollzieht*, nicht aufhalten.

Der Prozeß der Revolutionierung einer Gesellschaft schließt in sich die Sammlung der revolutionären Energieen im Volke und zugleich die Auflösung der alten politischen Formationen, die bis dahin Stützen der Gesellschaft waren. Innerhalb der Arbeiterbewegung hat die Loslösung des zielklarsten und kampfwilligsten Flügels aus dem Rahmen und der Schablone einer erstarrten Parteipolitik begonnen, was in der Zersetzung des Parteiwesens zum Ausdruck gelangt, die naturgemäß bei dem zuletzt entstandenen Gliede der revolutionären Parteigruppierung, der Kommunistischen Arbeiterpartei, am stärksten hervortritt. Dem Zerfall auf dem sozialrevolutionären Pol der gesellschaftlichen Entwicklung entspricht eine ähnliche Erscheinung am Gegenpol. Innerhalb der deutschnationalen Volkspartei, deren Name ein Deckmantel ist für die dynastisch-partikularistischen Bestrebungen einer Parteipolitik, die sich im schroffsten Gegensatz befindet zu den nationalen Interessen des Volkes, beginnt die Loslösung der aktivsten idealistisch eingestellten Schichten der Intelligenz, die von jener in erster Linie die Träger der nationalen Idee gewesen sind, und deren Vortrupp heute erkennt, daß unter den gegebenen allgemeinen Zusammenhängen nationale Ziele sich nur durch Anwendung revolutionärer Mittel verwirklichen lassen. Damit wird die Kopfarbeiterschaft in die kommunistische Bewegung hineingerissen, in der sich die sozialen Ziele der Arbeiterklasse mit den nationalen Notwendigkeiten des ganzen Volkes kreuzen.

Beide Flügel, die nationalrevolutionäre und die sozialrevolutionäre Bewegung sind auf einander angewiesen. Ohne unmittelbare organisatorische Verbindung ergibt sich ihre politische Vereinigung in [5:] der Praxis durch die ihnen von der Situation auferlegte gemeinsame Grundlinie der Orientierung. Erst ein *enges Zusammenwirken der aktivsten Schichten der Hand- und Kopfarbeiterschaft*, dieser für die Weiterentwicklung der Revolution ausschlaggebenden Faktoren, schafft die *Voraussetzung für einen neuen gesellschaftlichen Aufbau*, wie erst der Beginn dieses Aufbaues die Ueberwindung aller Strömungen ermöglicht, die unter Anlehnung an die politischen und wirtschaftlichen Formen der Vergangenheit in der revolutionären Zersetzung selbst die Grundlagen der Schieber-, Gauner-

und Schmarotzerexistenzen erhalten helfen. Soll jedoch die gemeinsame Politik der Kopf- und Handarbeiterschaft sich voll auswirken, dann ist es für beide Lager notwendig, die Schutthaufen der Vergangenheit fortzuräumen, die als geschichtliches Gerümpel einer versinkenden Ideologie dem neuen Werden im Wege stehen.

Dieser unerläßlichen, wenn auch nicht angenehmen Aufgabe sind die folgenden Darlegungen gewidmet. Noch ehe der letzte Kongreß der sogenannten dritten Internationale zusammengetreten war, hatte deren Exekutivkomitee in die Auseinandersetzungen zwischen dem kommunistischen und dem spartakistischen Flügel der revolutionären Bewegung in Deutschland zugunsten des Spartakismus ausdrücklich eingegriffen. Darauf hat jener Kongreß zu einem Diktat an die proletarische Revolution geführt, das die heutigen russischen Methoden des absolutistischen Parteiregiments zur vorgeschriebenen Schablone für alle Länder macht und alle angeschlossenen Parteien unter der souveränen Kommandogewalt Moskauer Instanzen in straffster Zentralisation vereinigt. Das wirtschaftlich rückständigste Land unter allen Ländern mit moderner Arbeiterbewegung soll zum Pol und zur leitenden Instanz der weltrevolutionären Bewegung erhoben werden. Absurd und naiv wie dieser Anspruch ist, stützt er sich auf eine folgerichtige Anwendung des Parteizentralismus und jener Parteiideologie, welche die vorhergegangene parlamentarische Periode der Arbeiterbewegung vermittelt hat, und deren Ueberwindung und Beseitigung erst die revolutionären Teile der Handarbeiterschaft an die Seite der Kopfarbeiter führt, vorausgesetzt, daß auch diese die überlieferte Tradition ihres parteipolitischen Denkens abzustreifen vermögen.

[6:]

II.

Die Politik aller herrschenden Schichten wurzelt in den gesellschaftlichen Daseinsbedingungen dieser Schichten und erklärt sich aus ihnen. Für die in Rußland zurzeit bestehende *Parteidiktatur der Bolschewiki* gilt dies ebenso wie vorher für die zarische Bürokratie. Da eine über ein Volk herrschende Machtorganisation zunächst immer nur durch eine Machtorganisation gleicher Art ersetzt werden kann, auch wenn sie dazu bestimmt ist, sich in einem der früheren entgegengesetzten Sinne auszuwirken, findet der Despotismus des zarischen Regiments seine Fortsetzung im Despotismus der bolschewistischen Parteimaschine, deren Anspruch, eine Regierung der Arbeiterklasse zu sein, zunächst nur Theorie und „Richtungsdekret“ bleibt, eine Bezeichnung, mit der ein Bewunderer der Sowjetregierung deren sämtliche Gesetze belegt. Unabhängig aber von allen Segnungen der Kultur, die er dem Volke für die Zukunft verheißen mag, trägt jeder Despotismus den Charakter eines am Mark des Volkes schmarotzenden Herrschaftsinstrumentes an sich. Er darf nur dann hoffen, sich auf die Dauer zu halten, wenn es ihm gelingt, Lebensinteressen der Gesamtheit in irgend einer Form zu fördern und zu verwirklichen. Für die Parteidiktatur der Bolschewiki gewinnt dabei die Außenpolitik eine besondere Bedeutung. Soweit die zarische Außenpolitik mehr war als bloße militärische Expansionspolitik, soweit sie inneren Notwendigkeiten der russischen Wirtschaft selbst entsprach,

sieht auch der Bolschewismus sich gezwungen, die alte zarische Außenpolitik an dem Punkte wieder aufzunehmen, wo der Herrscher aller Reußen sie bei seinem Abtritt von der geschichtlichen Bühne gelassen hat. Dieser Zwang nun, die zarische Despotie im Innern fortzusetzen, sei es auch mit veränderten Mitteln, und die Tradition der zarischen Herrschaft nach Außen aufzugreifen, verhindert die Bolschewiki, die mittel- und westeuropäischen Kulturländer anders zu sehen, als es durch die rot geränderte Brille eines russischen Tschin möglich ist. Konstruktive Theoretiker, wie sie sind, haben sie sich eine Schablone der Welt zurechtgezimmert, die in allen Einzelheiten genau zu ihrem russischen Vorbilde paßt.

Solange ein Mann wie *Lenin* noch dem westeuropäischen Kulturmilieu unterlag, und als er sich eben anschickte, ihm zu entsagen und die Schweiz [7:] zu verlassen, hat er das große Wort gelassen ausgesprochen, daß *Rußland die soziale Revolution zwar beginnen könne, daß es aber nicht imstande sei, sie durchzuführen*. Hierzu fehlen diesem Lande in der Tat alle kulturellen Voraussetzungen. Es stellt weder ein in sich zusammenhängendes Wirtschaftsgebiet dar mit einem dem Stande der Neuzeit

entsprechenden Verkehrs- und Verwaltungsapparat, noch wohnt in seinen Grenzen ein geschlossenes Volk. Dem kulturellen Tiefstande der Bevölkerung, die sich zu fast 80 Prozent aus Analphabeten zusammensetzt, entspricht in den weiten Gebieten des Landes die Rückständigkeit der Produktion. Von den wenigen und zersplitterten Industriegebieten abgesehen, machte schon die Spärlichkeit der Besiedelung den straffen zarischen Zentralismus zur notwendigen Voraussetzung für den Zusammenhalt des Reiches in politischer, militärischer und verwaltungstechnischer Beziehung.

War es in einem Lande mit dieser Entwicklungsstufe von vornherein unmöglich, eine kommunistische Wirtschaft aufzurichten, so sahen sich eben deswegen die führenden Kreise einer sich kommunistisch nennenden Partei genötigt, ihrer theoretischen Grundeinstellung zum Trotz in ihr praktisches Gegenwartsprogramm zum Teil Ziele aufzunehmen, die einer in der Entwicklung begriffenen kapitalistischen Wirtschaft entsprachen. Je schwächer in Rußland die Industrie noch war, desto ausschlaggebendere Bedeutung besaß naturgemäß die Landwirtschaft. Mit dem Versuch, die *Bauernfrage* zu lösen, hatte nach 1905 der Zarismus sich eine neue Atempause erkaufte. Sein Unvermögen, den Landhunger der Bauern zu stillen, trug fast noch mehr zur allgemeinen Erhebung des Jahres 1917 bei wie der Druck der Niederlage im Weltkriege. Auch diesmal wiederum lag die Entscheidung, wie in der Revolution von 1905, nur deshalb bei der Arbeiterschaft, weil der straffe zarische Zentralismus, die Erbärmlichkeit des Verkehrswesens und die ganze wirtschaftliche Struktur des Landes die wenigen großen Städte und Verkehrsknotenpunkte zu den gegebenen Kreuzungspunkten aller politischen Entscheidungen machte. Daher fiel die Macht schließlich an jene Schichten der Bevölkerung, die in der Lage waren, sich in den Besitz dieser entscheidenden Positionen zu setzen. Aber auch nach dem Sturz des Zarismus und der Bour-^[8:]geoisie wirkten die alten sozialen Zusammenhänge fort. Wollten die siegreichen Schichten eine eigene Staatspolitik betreiben, so konnten sie dies nur unter Anpassung an die Bedürfnisse eben jener Bauernschaft, die nach wie vor in der russischen Gesellschaft der bedeutungsvollste Faktor blieb.

Schon 1905 hatten die praktischen Erfordernisse revolutionärer Politik die linken Sozialdemokraten, die sich heute Kommunisten nennen, mit der Bauernpartei der Sozialistenrevolutionäre zusammengeführt. Seitdem bestand zwischen diesen beiden Flügeln der revolutionären Bewegung ein enges Bündnis. Im Oktoberaufstand von 1917, der die Partei der Bolschewiki an die Macht brachte, und der in Petersburg durch eine Erhebung von Teilen der alten zarischen Armee zu deren Gunsten zustande kam, entschieden die in den Regimentern der Hauptstadt stehenden Bauernsöhne aus der Ukraine den Sieg. Lenin selbst sieht sich genötigt, in seiner letzten Schrift ausdrücklich anzuerkennen, daß nach ihrem Siege die Bolschewiki entgegen ihren theoretischen Grundsätzen das *Agrarprogramm der Sozialrevolutionäre* vollinhaltlich übernehmen mußten, um es „dank der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat“ zu verwirklichen. Was das zu bedeuten hat, läßt der nicht sehr diplomatische, aber dafür desto naivere literarische Moskaufahrer der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands, Herr Franz Jung, in seinem Reisebericht einen russischen Arbeiter mit den Worten sagen: „Die Bauern wollen die Rätewacht, aber keinen Kommunismus“. Indem die „siegreiche proletarische Revolution“ *einige Millionen neuer bäuerlicher Kleinbesitzer* schaffen mußte, richtete sie auf dem Lande vorkapitalistische Wirtschaftsverhältnisse auf, weil einem noch mit dem Dornpflug arbeitenden Landbau selbst für frühkapitalistische Produktionsformen vorläufig die Betriebsmittel fehlen, während der Wille zum Privateigentum trotz aller Richtungsdekrete der Sowjetregierung immer stärker hervortritt.

Kommunistische Wirtschaftsmethoden, die ihnen auf dem flachen Lande von vornherein versagt blieben, haben die Bolschewiki in der städtischen *Industrie* vergeblich durchzuführen versucht. Hinsichtlich der erreichten Produktionsstufe kamen die wenigen großen Industriezentren, über die Rußland verfügt, vor dem Bolschewistenregiment den Verhältnissen der westlichen Länder nahe, da die Unternehmungen sich ^[9:]überwiegend in den Händen ausländischer Kapitalisten befanden und gerade der Umstand, daß in den in Frage kommenden Produktionszweigen eine geringe Anzahl höchst leistungsfähiger Riesenbetriebe vorherrschte, zu einer großen Straffheit und Geschlossenheit der Konzentration geführt hatte. Diese Industrien wurden zunächst von den Bolschewiki durch eines ihrer bekannten Richtungsdekrete „nationalisiert“, ohne daß irgend ein Apparat bestand, der die gesell-

schaftliche Leitung der Produktion hätte übernehmen können. Als natürliche Folge ergab sich eine *wilde Sozialisierung* in der Form, daß die *Betriebsbelegschaften* sich unter Verjagung der bisherigen Leiter und ihrer Gehilfen in den Besitz der Betriebe setzten, um sie als ihr Eigentum genossenschaftlich zu verwalten. Bis der Staatsapparat in der Lage war, diesem Unfug zu steuern, halte der allgemeine Kampf gegen die russische Intelligenz begonnen, indes die lokalistische Form der „Sozialisierung“ den ganzen Produktionsmechanismus des Landes zur völligen Auflösung brachte. Als darauf die Bolschewiki dazu übergingen, den *zentralisierten Gewerkschaften*, die sich nun erst auf der Grundlage der Betriebsorganisation umstellten, mit der *Verwaltung der Industrien* zu betrauen, konnten diese nur mehr die Trümmer der einst blühenden Betriebe übernehmen. Und an eine Wiederaufrichtung war seither um so weniger zu denken, als dazu nicht nur die Maschinen und Rohstoffe, sondern auch die notwendigen Kopfarbeiter fehlen, die man als „Feinde der Revolution“ teils umgebracht, teils in die Wüste geschickt hatte. Auf diesen grundsätzlichen und organisieren *Kampf gegen die Intelligenz*, die berechtigt ist, zur Arbeiterklasse gezählt zu werden, ist deren Sabotage wesentlich zurückzuführen ... Anders ist es nicht verständlich und erklärlich, weshalb selbst die einfachen Volksschullehrer jede Tätigkeit einstellten, trotz der großartigen Schulprogramme Lunatscharski's. Der fast völlige Verfall der Produktion hat später die Bolschewiki gezwungen, *in den Fabriken eine fast militärische Autorität und Disziplin einzuführen*. Sie sind dazu übergegangen, Betriebsleiter mit diktatorischen Vollmachten einzusetzen, und haben sogar, um jede Opposition von Belegschaftsvertretungen grundsätzlich auszuschalten, die Betriebsräte für konterrevolutionäre Organe erklärt und sie teilweise völlig beseitigt.

[10:] Eine Organisation der Industrie, die jede Initiative und jede Kontrolle durch die Arbeitermassen selbst ausschaltet, kann nicht in Anspruch nehmen, als sozialistisch oder kommunistisch gewertet zu werden. Sie ersetzt lediglich die bisherigen privaten Besitzer und Leiter durch *zentralisierte Instanzenklüngel*, die entweder selbst zur Staatsregierung gehören oder unter dem Moskauer System von ihr unmittelbar abhängig sind. Diese Instanzenklüngel üben wesentlich die gleiche Funktion aus, wie in Deutschland die leitende Beamtenschaft der Reichs- und Staatsbetriebe. Das russische System der „Sozialisierung“ entpuppt sich somit als eine verböserte Auflage des allen preußischen *Staatskapitalismus*. Suchte dieser immerhin wenigstens, so gut und so schlecht er es verstand, der Allgemeinheit zu dienen, so gründet sich sein russischer Abklatsch umgekehrt auf die nackte Begünstigung eines kleinen Teiles des werktätigen Volkes. Nicht nur schmachtet das Heer der gewerkschaftlichen und Sowjetbeamten am Volk, alle sozialen Verbesserungen und Zuwendungen sind nur den Zugehörigen der Gewerkschaften zugänglich, die bei einer Gesamtbevölkerung von 100 Millionen rund drei Millionen Mitglieder zählen: Es läuft diese Praxis darauf hinaus, die schmalen Schichten trotz aller Entbehrungen bei guter Laune zu erhalten, auf die das herrschende Regiment sich allein zu stützen vermag. Jenes *System der Subventionen an die Anhängerschaft gewerkschaftlicher Bonzenpolitik*, das in Deutschland die freien Gewerkschaften durchzuführen versuchen, ist in Rußland unter der Parteidiktatur der Bolschewiki zum Staatsprinzip erhoben. Aus diesem Umstande allein schon können die deutschen Arbeitermassen ersehen, was eine spartakistische Parteidiktatur, fußend auf den heißumworbenen freien Gewerkschaften, für Deutschland bedeuten würde. Ein System, getragen von einer schmalen Schicht, der auf Kosten der Allgemeinheit Vergünstigungen trotz des allgemeinen Elends zuteil werden, kann sich naturgemäß nur behaupten durch einen systematischen und wohlorganisierten *Terror* gegen alle anderen Bevölkerungsschichten. Und er tritt den breiten Massen des russischen Volkes in alter und wohlbekannter Gestalt entgegen, da als seine vornehmsten Organe die alte zarische Gendarmerie und die alte zarische Geheimpolizei verwendet werden.

[11:] Nachdem die großen Betriebe des Landes durch die primitiven Verwaltungsmethoden des Bolschewismus zerwirtschaftet waren, blieben die zahllosen *Zwerg- und Kleinbetriebe* für eine Produktion übrig, die nicht mehr imstande war, die Bedürfnisse des Volkes zu befriedigen. Ohne daß von einer Steigerung der Produktivität und einer Konsolidierung der Wirtschaft die Rede sein könnte, wurden die sich selbst überlassenen Besitzer der kleinen und Zwergbetriebe der Mutterboden, von dem, wie Lenin mit einem Stoßseufzer bekennt, „unausgesetzt, täglich, stündlich elementar und im Massenmaßstab“ der *Kapitalismus wieder neu erzeugt* wird. Auch nach der Eroberung der Macht

durch das Proletariat würden die Klassen noch Jahre hindurch bestehen bleiben. Und da man die kleinen Warenerzeuger nicht vernichten könne, da sie nicht zu unterdrücken seien, müsse man sich mit ihnen verständigen. Auf dem Lande also sieht sich der Bolschewismus gezwungen, unter Anpassung an die Bedürfnisse der Bauern vorkapitalistische Wirtschaftsverhältnisse zu schaffen; in den Städten geht er dazu über, sich mit den Schichten der Selbstwirtschaftler und der Kleinkapitalisten zu „verständigen“, eine Verhaltensweise, die er sehr zu seinem Schaden bei der arbeitenden Intelligenz außer acht gelassen hat. Wenn aber in Rußland die *bürgerliche Wirtschaft in ihren Wurzeln noch ungebrochen* dasteht, wenn Rußland trotz des Sowjetregiments von Sozialismus und Kommunismus weiter entfernt ist denn je, mit welchem Recht maß das bolschewistische Parteiregiment sich an, der Welt vorzureden, daß es die bürgerliche Methode der Politik überwunden habe und daß es diese Methode überhaupt überwinden könne?

Aber auch soweit die alte und eigentliche Bourgeoisie in Frage kommt, ist es dem Bolschewismus nur gelungen, die großindustrielle Schicht dieser Klasse auszurotten. Der *Handel* hingegen und das überall mit Recht so beliebte *Schiebertum* befinden sich in *Räterußland noch recht wohl*. Herr Alphons Goldschmidt, ein glühender Verehrer bolschewistischer Kultur, der in seiner Rätezeitung die Auswanderung deutscher Arbeiter nach Rußland eifrig anpreist, stellt in einer Schrift über Moskau fest, daß dort alles geschoben und „schleichgehandelt“ wird: von der Stecknadel bis zur Kuh, von den Möbeln und Brillanten bis zu Weißkuchen, Brot und Fleisch. [11:] Obwohl der Schleichhandel als konterrevolutionär durch ein Richtungsdekret mit schweren Strafen bedroht ist, gibt es in Moskau viele offiziell geduldete Freimärkte, Ergänzungsmärkte, Zubrotmärkte und mit was für Namen man sie sonst noch belegen mag. Die Schieber und Spekulanten leben ihren guten Tag. Ganz wie früher ergehen sie sich auf den Boulevards, wo in den Erfrischungshäuschen „blitzende Bürgerreste sitzen, Frauen mit Perlengehängen, Fabelschuhwerk und Blitzringen an den manikürten Händen. Sie sitzen dort mit ihren Kavalieren und schlürfen Mokka und vielleicht auch Eis. Für einige Tausend Rubel, aber es ist ja noch da. Nitschewo. Man verkauft einigen Krempel an einen Schieber, arbeitet nicht und schlürft.“ Ein Pfund Butter kostete nach Auskunft des literarischen Moskaufahrers der K. A. P. D. 2000 Rubel, ein Pfund Zucker 5000, ein Paar Schuhe 25.000 Rubel. Nach Herrn Goldschmidt bezahlte man die Gurke mit 200 bis 250, das Ei mit 125 bis 150 Rubel. Ein Amerikaner tauschte 3000 Dollars in Bolschewistenrubel um. Er erhielt 9 Millionen Rubel.

Solcher Art sind die Ergebnisse eines Regimentes, das mit laut tönenden Phrasen für sich in Anspruch nimmt, die einzig mögliche Form der proletarischen Diktatur zu sein, und das doch nichts anderes ist, als die am Volke *schmarotzende Despotie einer straffzentralisierten Partei*, deren Mitgliedschaft nur einen winzigen Bruchteil des Volkes umfaßt. Nach ihren eigenen offiziellen Berichten zählt diese Partei rund 650.000 Mitglieder, die scharf gesiebt werden, weil die Zugehörigkeit zu ihr eine Art Rechtsanspruch auf eine Staatsstellung in sich schließt. Trotzdem enthält die Mitgliedschaft nach dem Bericht des literarischen Moskaufahrers Franz Jung „gut zur Hälfte Stellenjäger, die für wirkliche Arbeit als Kommunisten überhaupt nicht in Betracht kommen“. Der primitiven Kultur dieser Parteiorganisation entspricht die primitive Kultur, die sie zu vermitteln in der Lage ist. Sie verfährt dabei nach einem Schema, wie es der verflossene Großfürst Nikolaj bei der Einrichtung seiner Etappengebiete angewendet haben mag. Hören wir, was der literarische Moskaufahrer der K. A. P. D., der das System in Murmansk kennen lernte, hierüber aus eigener Anschauung berichtet. „In einer Situation, wo der deutsche Verwaltungschef, der amerikanische Manager sich vor Verzweiflung die Haare ausraufen würde, bleibt der russische Kommunist sehr gelassen. Er gibt vom Waggon, mit dem er aus Petrograd oder [13:] direkt aus Moskau eingetroffen ist, und den er auch in Murmansk nur höchst selten verläßt, seine Anweisungen. Der ganze politische und ökonomische Verwaltungsapparat wird gleich mitgebracht, der örtliche Sowjet zusammengestellt, die Kontrolle über die örtlichen Funktioniäre organisiert. Der Telegraph arbeitet, vom ersten Tage seiner Ankunft an erscheint bereits der tägliche Rostabericht. Meetings werden zusammengetrommelt, täglich zwei bis drei Ansprachen gehalten, Kinderheime, Lesehallen, Arbeiterklubs errichtet. Arbeiterbataillone kommen nach, Kolonisten, rote Marine, Stabsquartiere wachsen empor, in 14 Tagen verfügte der Ort bereits über 400 Telefonanschlüsse, das Netz der sozialistischen Staatsmaschinerie ist über den Platz gespannt.“

Daß eine Bevölkerung, der auf diese Weise nach dem System des Helmeverpassens beim preußischen Kommiß der mitgebrachte Verwaltungsapparat einfach auf den Kopf gestülpt wird, nicht sehr entzückt ist von den Segnungen des moskowitischen Zentralismus, bedarf für Leser, denen das Wort Selbstverwaltung mehr ist als ein hohler Schall, keiner Begründung. Gerade in den entwickelten Teilen des alten russischen Reiches haben denn auch die Bolschewiki mit ihren Regierungs-Methoden den erbitterten Widerstand just der arbeitenden Bevölkerung geerntet. Nachdem sie in der Ukraine schmäählich Schiffbruch gelitten hatten, versuchten sie in der Folge lediglich den Landesapparat den Moskauer Zentralbehörden zu unterstellen, aber selbst hiergegen verwahren sich die ukrainischen Arbeiter und Bauern auf das entschiedenste. In einem Notschrei an die arbeitenden Massen der Welt protestieren sie gegen die imperialistischen Tendenzen der russischen Sowjetregierung, das Selbstbestimmungsrecht für sich wie für alle Völker Rußlands verlangen.

Was in den Räterepubliken Buchara und Kurdistan immerhin noch als Einführung europäischer Methoden erscheinen könnte, hat sich mithin bereits in der Ukraine als unvereinbar mit den Bedürfnissen der eingesessenen Bevölkerung erwiesen. Wenn trotzdem die Moskauer Gewalthaber sich einbilden, mit ihren Methoden zwangsweise nicht nur Deutschland, sondern die ganze Welt beglücken zu können, so müssen sie schon über jene naive Einstellung verfügen, die einem ihrer untergeordneten Funktionäre das hübsche Wort entlockte, daß die russische Regierung doch deutsche Arbeiter und chinesische Kulis nicht verschieden behandeln könne. Die deutschen Arbeiter und ihre [14:] Klassengenossen im europäischen Westen wünschen überhaupt nicht, „behandelt“ zu werden. Sie sind auf dem besten Wege, aus sich selbst heraus die Formen der Regierung und Verwaltung zu entwickeln, die ihren Wünschen und Bedürfnissen und ihrer Eigenart entsprechen. Der kulturelle Inhalt des Freiheitsehnens der Unterdrückten aller Klassen und Nationen läßt sich bezeichnen mit dem englischen Worte „selfgovernment“. *Selbstverwaltung* ist der politische und wirtschaftliche Ausdruck menschlichen Selbstbestimmungsrechtes. Auch in der Weltrevolution ringen noch zwei Kulturen widereinander. Und die Welt des asiatischen Despotismus, der nur die Formen seines autoritären Inhalts gewandelt hat, wird sich mit der Tatsache abzufinden haben, die in diesem Kampfe sich auswirkt, daß die Länder des hochentwickelten industriellen Europa und Amerika weder China noch Rußland sind.

III.

Filiale und Konterfei der bolschewistischen Politik für Deutschland ist der *Spartakusbund*. In seinem Verhältnis zur bolschewistischen Partei spiegelt sich das Verhältnis jener zur deutschen Revolution wieder. Zur Würdigung dieser Politik und ihrer Methoden ist es daher unerläßlich, Politik und Leitung des Spartakusbundes und ihre Stellung zum Kommunismus näher zu belichten.

Kommunismus und Spartakismus sind unversöhnbare Gegensätze von Anbeginn an, wie es sich bereits in den ersten Kriegstagen durch die grundsätzliche Verschiedenheit der Berliner und der Hamburger Orientierung ankündigte. Von welchen Notwendigkeiten hatte damals eine revolutionäre Politik auszugehen und worin bestanden ihre Ziele? Die Frage führt unmittelbar auf die Stellung der Revolution zur Landesverteidigung und auf das Verhältnis der Masse zu den Führern in den Arbeiterorganisationen.

Der Ausbruch des Weltkrieges als Ausdruck der Tatsache, daß der Erdball für die imperialistischen Kräfte zu eng geworden, läutete dem kapitalistischen Weltsystem die Totenglocke. Mit der Entfesselung aller Gewalten der Zerstörung, die in ihm gebunden lagen, endete die alte und begann eine neue Geschichtsperiode, die die Ablösung der kapitalistischen Staaten- und Wirtschaftsordnung durch die kommunistische zu vollziehen hat. Die *Durchführung* [15:] *der sozialen Umwälzung*, bis dahin bloß ein revolutionäres Ziel, dem bei der unerschütterten Festigkeit des kapitalistischen Staatensystems nur mit reformistischen Mitteln, also mit den Mitteln des kapitalistischen Systems selber hatte vorgearbeitet werden können, trat mitten hinein in die Politik des Tages. Diese Erkenntnis mußte für den revolutionären Flügel der, aufsteigenden proletarischen Klasse am Anlange aller Orientierung stehen.

Eine revolutionäre Politik befand sich dem einheimischen Imperialismus in Totfeindschaft gegenüber und mußte seinen Sieg zu verhindern trachten. Daher die Notwendigkeit, die Bourgeoisie des Landes zu stürzen und das imperialistische Heer zu zersetzen. Mit derselben Energie aber hatte die

Revolution auch den Sieg des ausländischen Imperialismus zu bekämpfen. Denn der Sieg des ausländischen Imperialismus machte die Durchführung der proletarischen Revolution nicht nur im Lande der Sieger, sondern auch im eigenen Lande unmöglich. Daher die andere Notwendigkeit, das Land vor der Ueberflutung durch den fremdländischen Imperialismus zu schützen und durch eine straffe revolutionäre Staatsgewalt die revolutionäre Verteidigung zu organisieren. Beide Notwendigkeiten standen gleich zwingend nebeneinander. Vom Standpunkt einer revolutionären Politik war keine ohne die andere denkbar. Nicht nur, weil das Wesen revolutionärer Politik gerade darin besteht, daß sie zwar das Alte auflöst, aber auch die Elemente des Neuen sammelt und bindet, daß sie zwar destruktiv, aber zur selben Zeit und in höherem Grade konstruktiv wirkt: eine rein destruktive, eine lediglich auflösende Politik und auf eine solche beschränkte sich der Spartakusbund diente ausschließlich der Konterrevolution, diente dem Völkerbunde, dessen Sieg sie organisierte und dem sie die Revolution in die Hände spielte und auslieferte.

In den ersten Kriegswochen schon lieb sich nicht mehr verkennen, daß mit revolutionären Mitteln allein noch das Land sich gegen den ausländischen Imperialismus behaupten konnte. Nur dann blieb das deutsche Wirtschaftsgebiet, die Grundlage für einen proletarischen Staat, in seinen lebenswichtigen Teilen ungeschmälert erhalten, wenn die durch die Maschinerie des kapitalistischen Systems gefesselten Massenkräfte in Volk und Heer freigemacht wurden. Der Sturz der Bourgeoisie und der alten Generalität, die Neu-[16:]organisation von Staat und Wirtschaft, die Verwandlung des imperialistischen Raubkrieges in einen Krieg der revolutionären Defensive, diese Notwendigkeiten der revolutionären Politik, die zugleich Notwendigkeiten einer nationalen Politik waren, ließen sich jedoch nur unter der Voraussetzung verwirklichen, daß die organisatorische Geschlossenheit der Arbeiterbewegung bestehen blieb. Sie allein gewährleistete die Durchführung der revolutionären Verteidigung und die Errichtung des proletarischen Staates. Und da die Berufung zur Staatsbildung an die Arbeiterklasse überging, war *proletarische Politik nur noch* unter diesem Zielpunkt, *als Staatspolitik möglich*. An der Erhaltung der Einheit ihrer sozialistischen Organisationen hing deshalb für die Arbeiterklasse nicht weniger wie an der revolutionären Orientierung überhaupt, von der jene ein Teil war. Denn wie immer sonst der Krieg auslief, die Zertrümmerung der politischen Einheit der deutschen Arbeiterorganisation endete fürs erste mit der Niederlage des Proletariats vor dem Imperialismus der Welt, mochten die Zentralmächte, mochte die Entente dessen Führung in Händen haben.

Eine revolutionäre Politik erforderte mithin dreierlei: den Sturz der Bourgeoisie, die revolutionäre Landesverteidigung- und die Erhaltung der organisatorischen Einheit der Arbeiterklasse. In allen drei Punkten beobachteten die Initiatoren des späteren Spartakusbundes eine von der Hamburger Orientierung grundsätzlich verschiedene Haltung. Sie legten das Schwergewicht auf die Frage der Kreditbewilligung und die Aktion der Abgeordneten im Parlament, nicht auf die Zertrümmerung des Burgfriedens, durch die allein das Volk sich den Weg bahnen konnte, um in die politischen Entscheidungen bestimmend einzugreifen. Sie lehnten nicht etwa nur die imperialistische Form des Krieges ab, sondern sie verneinten die Landesverteidigung schlechthin. Indem sie die Aktion der Masse außerhalb des Parlaments der Aktion der Führer im Parlament unterordneten, unterwarfen sie die Masse in der Organisation und damit die Einheit der Organisation dem Spaltungsprinzip der Führer. Und gerade der extreme Flügel der unabhängigen Sozialdemokratie, der Spartakusbund, wurde im Verlaufe des Krieges der lauteste Dränger, um den parlamentarischen Zwiespalt der Führer über den Kopf der Mitgliedschaft hinweg in eine organisatorische Spaltung der Masse zu verwandeln. Zum Unterschiede hiervon setzte die [17:] revolutionäre Hamburger Politik von den ersten Tagen des Krieges an der parlamentarischen Aktion der Führer die Massenaktion entgegen. Sie forderte die Zertrümmerung des Burgfriedens und damit die Niederkämpfung der Bourgeoisie. Dem Spaltungsprinzip der Führer begegnete sie mit der Parole des Selbstbestimmungsrechts der Massen in der Organisation. Der grundverschiedene Einstellung zur Landesverteidigung ergab sich damit von selbst. Und diese Parole und damit ihre entschiedene Gegnerschaft zum Spartakusbund hat die Hamburger Orientierung in allen Phasen des Krieges unbedingt festgehalten.

Die Revolution stand vor zwei Tatsachen: dem Zusammenbruch des imperialistischen Regiments an der Front und im Lande und der vollzogenen Spaltung der proletarischen Organisation. Die revolutionäre

näre Verteidigung erforderte den revolutionären Staat, der revolutionäre Staat erforderte die *einheitliche Klassenorganisation* der Arbeiterschaft. Aber diese Einheitlichkeit konnte nach vollzogener Revolution nicht mehr hergestellt werden durch einen sozialdemokratischen Parteiapparat, sondern nur noch durch die Konstituierung der Arbeiterschaft als werktätige Klasse, die Kopf- und Handarbeiter als unteilbare gesellschaftliche Einheit umfaßt, also *durch den revolutionären Akt der proletarischen Staatsbildung selbst*. Wie die Hamburger Orientierung sofort mit ganzer Kraft auf die Konsolidierung der aus der Revolution hervorgegangenen Räte zu einer festen Staatsmacht hinarbeitete, so suchte sie die Einheit der Arbeiterklasse und ihre Einigung durch die *Räteorgane* zum leitenden Prinzip der Revolution zu erheben. Wo immer die Parole sich durchsetzte, wurde die Parteipolitik in den Hintergrund gedrängt und der Rätepolitik untergeordnet. Hatten sich die Räte einmal als brauchbare Organe der Politik der Arbeiterklasse bewährt, so waren die Parteien für die Politik der Revolution grundsätzlich erledigt, und auch die Gewerkschaften mußten sich alsdann den Bedürfnissen der Räte anpassen, was sie ohnehin leicht vermochten. Sie brauchten nur die von uns wiederholt mit Nachdruck geforderte Umstellung vorzunehmen und, wie es ja auch die russischen Gewerkschaften während der Revolution taten, von der beruflichen Gliederung zur Organisation nach Betrieben überzugehen, wozu die Ansätze innerhalb der freien Gewerkschaften seit langem vorhanden waren, wenn auch verbohrt und [18:] eigensüchtiges Bonzeninteresse der allgemeinen Umstellung lebhaft und bis heute mit Erfolg widerstrebte.

Die Orientierung der revolutionären Politik nach den Klassenbedürfnissen der Arbeiterschaft hat in Hamburg nach dem am 6. November inmitten des kaiserlichen Deutschland siegreich durchgeführten Abstand den *Bürgerkrieg verhindert* – entgegen der patentierten Moskauer Weisheit, die im Bürgerkrieg ein notwendiges Mittel der Revolution anpreist, ohne zu begreifen, daß nach siegreich durchgeführter Erhebung der Bürgerkrieg nur ein Mittel der Konterrevolution gegen revolutionäre Erfolge sein kann, nicht aber ein Mittel proletarischer Staatspolitik. Und weil es in Hamburg nicht zum Bürgerkriege gekommen ist, konnte von hier aus die *Konsolidierung der Gegenrevolution*, die im Reiche mit dem Bürgerkriege begann, *verhindert* werden. Der kampflose Einmarsch der Reichswehr in Hamburg um die Jahresmitte 1919 erfolgte, als fast im ganzen übrigen Deutschland die Arbeiterklasse mit Waffengewalt niedergeschlagen war, als in allen großen Städten die Militärdiktatur herrschte, und die gewaltsame Niederwerfung der Arbeiterschaft des Nordens die Voraussetzung bildete für die Zentralisierung dieser Militärdiktatur über das ganze Reich. Geling diese Zentralisation, dann bedurfte es in einer Zeit, in der eine neue Verfassung noch nicht bestand, keines Kapp-Putsches mehr, um die *Monarchie* in dieser oder jener Form wieder aufzurichten. Lediglich die Geschlossenheit der Arbeiterklasse zu Hamburg, die unter der Führung der Kommunisten in jener Situation über alle Parteienzersplitterung hinweg eine gemeinsame Linie des Handelns fand, hat die Pläne der Konterrevolution zu Schanden gemacht.

Das Scheitern des Versuchs, die Arbeiterschaft im Norden mit Waffengewalt niederzuschlagen, erbrachte den Beweis, daß eine Konsolidierung der Konterrevolution überhaupt nicht mehr möglich war. Es gab nur noch einen Weg, um zu einem gefestigten Staatswesen zu gelangen, die *Aufrichtung des revolutionären, des Rätestaates*. Auf diese Situation hatte sich die revolutionäre Bewegung einzustellen. Sie hatte zu erkennen, daß der parlamentarische Sumpf nur noch ein Sammelbecken der kapitalistischen Verwesung darstellte, nicht einmal mehr fähig, konterrevolutionäre Kräfte aus sich heraus hervorzubringen. Aber nur desto mehr war für [19:] die Revolution diesem Sumpfe gegenüber eine *Politik konstruktiven Aufbaues* geboten, der sich zwangsläufig im absoluten Gegensatz zu einem parlamentarischen System vollziehen mußte, dessen Zertretung die Voraussetzung bildete für die staatliche Zusammenfassung der aufwachsenden kommunistischen Kräfte. Von diesen Gesichtspunkten gingen die *Leitsätze zum Parlamentarismus* und zur *Gewerkschaftsfrage* aus, die damals die Hamburger Organisation der in *Heidelberg* zusammentretenden Reichskonferenz der Kommunistischen Partei vorlegte. Indem sie sich gegen die Beteiligung am bürgerlichen Parlament erklärten, sobald der Endkampf um die Macht zwischen Proletariat und Bourgeoisie begonnen, da in dieser Situation das bürgerliche Parlament prinzipiell und praktisch kein Mittel der proletarischen Revolution sein kann, verlangten sie die Bildung von industriellen Arbeiterunionen auf der Grundlage der

Betriebsorganisation, die die Arbeitermassen für den revolutionären wirtschaftlichen Massenkampf sammeln und nach dem Siege den Rahmen für den Zusammenschluß der ganzen werktätigen Klasse und den Aufbau der proletarischen Wirtschaft bilden sollten. Prinzipiell und die Entscheidung, ob seine Politik auf die Durchführung der deutschen Revolution mit dem Ziel der Schaffung eines neuen kommunistischen Staates gerichtet war, oder ob die „proletarische Diktatur“, die er propagierte, die Diktatur eines parteipolitischen Bonzenklüngels im Dienste eines internationalen Sippenklüngels sein sollte, die sich mit der Fortexistenz der kapitalistischen Verwesung ebenso gut vertrug wie mit der Aufrichtung der goldenen Internationale von Gnaden der Entente. Denn dieser kann es nur angenehm sein, die deutschen Arbeitermassen unter der eisernen Despotie eines kleinen Ringes niedergehalten zu sehen, und sie würde diesem Klüngel die revolutionären Tiraden und die terroristischen Akte gegen die *deutsche* Bourgeoisie gern nachsehen, sofern er sich nur willens zeigt, seinen internationalen Verpflichtungen gegen das Finanzkapital nachzukommen, was zu versprechen er ja nicht müde wird.

Die Heidelberger Leitsätze berührten den Punkt, wo der *Spartakismus*, der eine internationale Erscheinung und, wie der russische Bolschewismus zeigt, eine *Form der Staatspolitik* ist, in die Kreise des *internationalen Finanzkapitals* hin-[20:]überwechselt. Da die Hamburger revolutionäre Politik ein geschlossenes System bildet, das einzig mögliche, sofern in Deutschland die soziale Revolution durchgeführt und die nationale Revolution vollendet werden soll, setzte die Leitung des Spartakusbundes alles daran, um den *Hinauswurf der Opposition* auszudrücken, zumal da die Unterbreiter der Leitsätze sich als unbequeme Frager entpuppten. Was für Motive und Kräfte waren dabei wirksam?

IV.

Schon auf der Konferenz aller revolutionären Gruppen, die im Oktober 1918 zu Berlin stattfand, hatte sich herausgestellt, daß die Politik des Spartakusbundes sich auf die *Schaffung einer vorwiegend aus Deserteuren zusammengesetzten Parteigarde* zuspitzte, und seit Radeks Eintreffen in Deutschland enthüllte er sich offen als eine von diesem skrupellosen Agenten geleitete Filiale der bolschewistischen Partei Rußlands. Deshalb widerstrebten wir der Vereinigung der Hamburger Linksradiكالen mit dem Spartakusbunde im Januar des folgenden Jahres und widerrieten ihr mit aller Entschiedenheit, ohne daß sich der auf Radeks Betreiben vollzogene Zusammenschluß der beiden Gruppen verhindern ließ. Von jetzt ab segelte der Spartakusbund unter falscher Flagge. Er legte sich den Namen „Kommunistische Partei Deutschlands“ zu, den deutschen Kommunismus dadurch aufs schwerste kompromittierend; es ist charakteristisch, daß damals unter dem Kommando Radeks eine Bezeichnung aufgegriffen wurde, die der Spartakusbund noch auf der Oktoberkonferenz zurückwies, als sie von uns vorgeschlagen und mit der Geschichte der deutschen Revolution von 1848 begründet wurde. Nach der gegen unsern Willen erfolgten Vereinigung nahmen wir sofort innerhalb der Organisation den Kampf gegen die Politik und die Methoden des Spartakusbundes auf. Zeigten sich doch die unmittelbaren Wirkungen spartakistischer Parteipolitik bereits in dem sinn- und zwecklosen *Januarputsch*. Die verlustreichen Kämpfe, in die er den ganzen bewußt revolutionären Flügel der Berliner Arbeiterschaft verwickelte und die sich um eine erbärmliche Personenfrage – um den Mandarinenknopf des Polizeipräsidenten Eichhorn – entspannen, wurden erst möglich [21:] durch die einfältige Parteipolitik, die der Spartakusbund als „revolutionäre Politik“ seit dem 9. November gegen die bestehenden Räte trieb.

Wenn auch Spartakus nicht müde gewesen war, das ganze alte Heer als „konterrevolutionär“ zu verschreien, so schufen doch erst die Januarkämpfe die Möglichkeit zur ersten Konsolidierung einer wirklich *konterrevolutionären Truppenmacht*, für die bis dahin bei der deutschen Gesamtsituation jede Voraussetzung gefehlt hatte. Von jetzt ab erst konnte die monarchistisch eingestellte Militärkamarilla es darauf anlegen, Situationen hervorzurufen, aus denen heraus die Niederschlagung möglichst der ganzen Arbeiterklasse als eine gesellschaftliche Notwendigkeit erschien, um damit die Bahn frei zu bekommen für die Aufrichtung einer *zentralisierten Reichsmilitärgewalt mit monarchistischer Spitze*. Daher das Bestreben dieser Kamarilla, der über Deutschland gehenden Streikwelle dadurch Halt zu gebieten, daß lokalistische Putsche vorgetrieben wurden, um das gesamte revolutionäre

Proletariat des betreffenden Bezirks darein zu verwickeln und es gleichzeitig mit der örtlichen Erhebung militärisch niederschlagen. Ihre Politik glückte in Berlin, in Bremen, im Westen, in Mitteldeutschland. Aber erst wenn auch im Süden die Revolution erledigt war, konnte die Konterrevolution ihre Macht gegen die Basis der deutschen Revolution, gegen das Städtegebiet an der Niederelbe kehren. Aus diesen Gründen erfolgte jenes *Räteabenteuer in München*, bei dem schon die Mitwirkung rechtssozialdemokratischer Parteibonzen deutlich zu erkennen gibt, daß die Bewegung nicht ohne Vorwissen und stillschweigende Billigung der sozialdemokratischen Regierung zu Berlin und ihrer militaristischen Hintermänner eingesetzt haben kann. Ihr Verlauf enthüllt mit aller Klarheit die Rolle, die der Spartakusbund und seine Zentrale nach dem Tode Liebknechts in der deutschen Revolution gespielt haben.

Als nach Eisners Ermordung beim Zusammentritt des bairischen Landtags der Münchener Zentralrat der Räte nicht den Mut besaß, dauernd wieder die Macht in Besitz zu nehmen, schuf er eine aus Rechtssozialisten und Unabhängigen bestehende Regierung mit diktatorischen Vollmachten, die der Landtag bestätigte. Gegen sie richtete sich jener Putsch, der in den ersten Apriltagen zur Ausrufung einer bairischen [22:] Räterepublik führte. Plump angelegt, stand ihm die *rechtssozialistische Provokation* an der Stirn geschrieben. Die Leitung der Kommunisten in München lehnte jede Beteiligung ab, weil selbstverständlich mit rechtssozialistischen Bonzen an der Spitze sich eine lokale Erhebung weder gegen die Landesregierung, in der die Rechtssozialisten den Ton angaben, noch gegen die Reichsregierung durchführen ließ, die sich völlig in deren Händen befand. Aber mit dieser vernünftigen Haltung war die Berliner *Leitung des Spartakusbundes* keineswegs einverstanden. In der Roten Fahne gab sie die durchsichtige und eindeutige Parole aus, daß die Kommunisten alle Kraft daran zu setzen hätten, die Schwächen der Bewegung zu überwinden und die Aktion auf die *Höhe der kommunistischen Plattform* zu erheben, wenn sie nicht darauf stünde. Und als Berliner Kommissar und Spezialgesandter der Spartakuszentrale tauchte in München der Mann auf, der jener Zentrale damals am wenigsten genehm und ihr wegen seiner Herkunft aus der linksradikalen Bewegung verdächtig war, der ihr deshalb am meisten geeignet schien, sich gründlich zu kompromittieren. Nach dem Eingreifen der Zentrale tritt in der Haltung der Münchener Kommunisten eine auffällige Schwenkung ein. Weil die simple und harmlose Räteregierung bereits am Verenden war und ihr Absterben die Absichten der Konterrevolution vereitelt hätte, unternahm die scheinbar im ersten Schrecken davongelaufene Landesregierung gegen sie einen Handstreich, nicht um das Räteabenteuer vollends zu erledigen, sondern um es erneut ins Leben zurückzupeitschen. Die Kommunisten aber stellen sich jetzt an die Spitze der Bewegung und führen sie. Der Putsch der Regierung wird zurückgeschlagen, eine neue Räteregierung wird geschaffen und alle Vorbereitungen werden begonnen, um den Kampf mit der Landesregierung aufzunehmen, die, von Noske und seinen Generälen unterstützt, von allen Seiten bereits Truppenkontingente heranzieht, um mit München die Revolution in ganz Süddeutschland zu erledigen. Als dann die Tragödie den Abschluß findet, den die Leitung der Münchener Kommunisten vorausgesehen hatte, den jeder Denkfähige im voraus wußte und über den die Zentrale des Spartakusbundes so wenig im Zweifel gewesen sein kann wie die übrigen Menschen mit politischer Urteilskraft, da tadelt die Spartakuszentrale zwar die Aufnahme des Endkampfes, [23:] aber sie *billigt* ausdrücklich die Erneuerung der Räteregierung und die Vorbereitungen zum Zusammenstoß, sie lobt jene verhängnisvolle Schwenkung, die den Konflikt mit der Reichsregierung im Schoße barg und unter den damals gegebenen Machtverhältnissen notwendig mit der Zerschmetterung der Revolution in der süddeutschen Hauptstadt enden mußte, sie billigt und lobt, *weil die Haltung der Kommunisten in der zweiten und entscheidenden Phase des Abenteuers nur die Befolgung ihrer eigenen Lockspitzelparole war*.

Leiter der Politik des Spartakusbundes aber war schon damals derselbe Paul Levi, der in Heidelberg eingestand, daß die Münchener Erhebung ein Lockspitzelwerk war, und daß durch seine Hände unkontrolliert viele Millionen gehen, während er sich weigerte, über die Herkunft und die Verwendung dieser gewaltigen Summen vor der Partei Rechenschaft abzulegen, und sei es auch nur in großen Umrissen. Während er eingestand, daß sich in der Programmkommission des Spartakusbundes nicht weniger als drei Spitzel befanden und daß der Rote Soldatenbund zuletzt bis zu sechzig vom Hundert

mit Provokateuren durchgesetzt war, bewirkte er die Festlegung des Spartakusbundes auf jene von ihm vorgelegten *Richtlinien*, die, von Radek eingeblasen, eine Kopie der bolschewistischen Taktik in der Kerenski-Periode darstellen, und die, kritiklos auf die Kulturländer des Westens übertragen, inzwischen zum Evangelium der sogenannten dritten Internationale geworden sind.

Karl Radek kann man am Ende zubilligen, daß er in jener Zeit noch nicht zu begreifen brauchte, wie Deutschlands Kerenski-Periode die Aegide Scheidemanns vor dem 9. November war, und der Versuch, russische Methoden der Kerenskizeit auf die deutsche Revolution zu übertragen, dieser für immer das Rückgrat brechen muß. Paul Levi aber ist kein Hinterwäldler aus Galizien, sondern ein Advokat aus Frankfurt am Main, und zweifellos fühlt er sich auf den Gebieten, die ein Mann wie er beherrschen muß, Karl Radek weit überlegen. Paul Levi also wußte, daß es die siegreiche Durchsetzung der deutschen Revolution grundsätzlich preisgeben hieß, wenn man sie in den Sumpf des Parlamentarismus leitete, wenn es gelang, eine auf der Grundlage der Betriebsorganisation sich erhebbende Klassenorganisation der Proletarier zu verhindern und ihren [24:] revolutionären Massenwillen auszuschalten, um ihn durch die terroristischen. Cliques illegaler Führerkonventikel zu ersetzen, deren Oberhäuptlinge durch die parlamentarische Sinekure vor dem Gesetz immunisiert werden. Jene Festlegung des Spartakusbundes bedeutete in der Praxis, daß die deutsche Revolution aufgehört haben sollte, eine Massen- und Volksbewegung zu sein, die sich aus eigener Kraft durchsetzte, daß es unmöglich gemacht werden sollte, in Deutschland einen revolutionären Staat zu schaffen und die Grundsteine zu einer kommunistischen Wirtschaft zu legen. Ein freies kommunistisches Deutschland – das erst wäre die Durchbruchsschlacht der Weltrevolution gegen das Finanzkapital gewesen. Ein an das bolschewistische Rußland angegliedertes, in der Entfesselung seiner revolutionären Kräfte nach wie vor gehemmtes Deutschland aber – das war der *Beginn des Triumphes des Staatskapitalismus*, jener Wirtschaftsform, die den Einzelbesitz enteignet, um den Gesamtbesitz eines Volkes zwangsweise in den Händen eines kleinen Ringes zu zentralisieren, und die es dadurch ermöglicht, über den zentralisierten Staatskapitalismus in jedem Lande und über die Zusammenfassung jener Gruppen, die dann in den einzelnen Ländern die wirtschaftliche Macht in den Händen halten, die goldene Internationale zu verwirklichen. Und die goldene Internationale wird um so eher und um so rücksichtsloser verwirklicht werden, je gewissenloser die Raubtiernaturen sind, die sich im Namen der Revolution des Staatsapparates der einzelnen Länder bemächtigen, je entschlossener sie durch ihren individuellen Terror jeden Widerstand brechen und je straffer sie in ihren Händen die Ausbeutungsfunktionen der Kartelle, Syndikate und Trusts unkontrolliert konzentrieren. Besteht in einem Lande, das wie Deutschland dem wirtschaftlichen Diktat finanzkapitalistischer Sieger unterworfen ist, der ausgesprochene Wille, die ihm auferlegten Verpflichtungen auch unter der staatskapitalistischen oder scheinkommunistischen Wirtschaftsform zu erfüllen, dann ist dieser staatliche Zustand in der Tat *das geeignete Mittel für die im Völkerbund vereinte Weltfinanz, um die Wirtschaftsmittel dieses Landes dauernd sich anzugliedern*. Der Advokat aus Frankfurt, der das Kunststück fertig bringt, jenen Staatskapitalismus in Deutschland herbeizuführen, darf des [25:] heitern Beifalls seiner engeren Freunde in Moskau und des dankbaren Händedrucks aller Wissenden im Lager des Völkerbundes gewiß sein.

Unmittelbar nach dem Parteitage in Heidelberg ließ Paul Levi es sich gefallen, vor der Parteiöffentlichkeit als *Lockspitzel* und *Asew* der deutschen Revolution bezeichnet zu werden, ohne daß der jetzige Reichstagsabgeordnete Paul Levi den Weg der Klage beschritten hätte. Und er unternahm auch dann keinen Versuch der Rechtfertigung, als ihm in der Presse vorgeworfen wurde, mit dem englischen Spion und Lockspitzel *Trebitzsch-Lincoln* in persönlichen Beziehungen zu stehen. Trebitzsch-Lincoln, der eigentliche politische Leiter des Ludendorffkonzerns, ist jener Ehrenmann, der im Kriege für England spionierte, in England Wechselfälschungen beging, dann ins Zuchthaus wanderte und schließlich von der englischen Regierung noch gerade für gut befunden wurde, in Deutschland den Kapp-Putsch zu finanzieren. Mit der Ungeniertheit, die ihn auszeichnet, hat Paul Levi sich nicht gescheut, seine Verbindung mit diesem sauberen Patron selbst zu enthüllen und Informationen mit erlogem Inhalt, die er von ihm erhielt, zu verwenden. War schon seit der Spaltung in Heidelberg gegen uns mit dem Argument gearbeitet worden, daß wir Nationalisten seien, den Burgfrieden mit

der Bourgeoisie propagierten und dem Bürgerkrieg und Terror nicht genügend Neigung schenkten, so trat Levi-Trebitzsch jetzt mit der sinnvollen Behauptung hervor, wir hätten zur Zeit des Kapp-Putsches mit dem General von Lettow-Vorbeck Verhandlungen gepflogen, eine Behauptung, die seit jenen Tagen zum eisernen Bestande des Spartakusbundes gehört, ohne daß sie dadurch richtiger geworden wäre. Unsere Antwort bestand in einer Stäupung*, die Levi in der Kommunistischen Arbeiterzeitung in Hamburg zuteil wurde. Auf's neue wurde er als ein bezahlter Lockspitzel gebrandmarkt, der sich mit dem Trebitzsch-Lincoln, dem bezahlten Lockspitzel Englands, zu einer Arbeitsgemeinschaft verbunden habe. Auch nach dieser Kennzeichnung, die in einer Sonderschrift: Kommunismus gegen Spartakismus, eine reinliche Scheidung, und in zwei Berliner Volksversammlungen fortgesetzt wurde, hat Paul Levi es vorgezogen, seine Tätigkeit schweigend fortzusetzen.

Zu den politischen Selbstverständlichkeiten eines kultivierten Landes gehört es, daß die Männer, [26:] welche an der Spitze des Staates stehen, und welche die Aufgabe haben, das Volk zu repräsentieren, jede Berührung mit einem Menschen ablehnen, dem in voller Öffentlichkeit und unter Hinweis auf Tatsachen Vorwürfe der gekennzeichneten Art gemacht werden konnten. Zum mindesten durfte erwartet werden, daß die Staatsweisen von Moskau ihm die Verpflichtung auferlegten, sich von den erhobenen Anschuldigungen öffentlich zu reinigen. Statt dessen erleben wir, daß Paul Levi in Moskau als der Repräsentant der deutschen Revolution empfangen und als Vertreter Deutschlands in die Exekutive der sogenannten dritten Internationale aufgenommen wurde, und daß im übrigen die Staatsweisen von Moskau sich mit neuen Anweisungen an den Spartakusbund über seine in der Zukunft einzuhaltende Politik begnügten. Da zugleich die unlängst gegründete Kommunistische Arbeiterpartei in Grund und Boden verdammt und ihr auferlegt wurde, die „Nationalisten“ aus ihren Reihen zu entfernen, und da weiter an die Unabhängige Sozialdemokratische Partei der kategorische Befehl erging, sich dem Spartakusbund sofort anzuschließen, erscheint Paul Levi als der große internationale Triumphator, der von Moskau und von London gleichmäßig mit Sonne bestrahlt, bald blutrot, bald goldig international erschimmert.

Womit der Advokat aus Frankfurt sich die goldene Gloriole um seine eiserne Stirn verdient hat, das ist aus der Darstellung der Folgen seiner Politik klar genug geworden. Betrachten wir noch einen Augenblick den roten Schein, der von *Moskau* aus erstrahlt. Die dritte Internationale ist ein Machtinstrument in der Hand der Moskauer Machthaber. Die bedingungslose Unterordnung unter das russische Diktat, zu der sie die ihr angeschlossenen Parteien herabdrückt, um ihnen jede Moskau nicht genehme Politik von vornherein unmöglich zu machen, verwandelt sich nach der Aufrichtung spartakistischer Regierungen automatisch in die gleiche bedingungslose Unterordnung der betreffenden Staaten. *Indem aber das russische Diktat allen kultivierten Ländern seine primitiven Methoden mit souveräner Gewalt vorschreibt, macht es überall eine Steigerung der Revolution über das russische Maß hinaus-unmöglich.* Indem es eine volle Auswirkung der revolutionären Bewegung in Mittel- und West-[27:]europa unmöglich macht, verhindert es den kommunistischen Aufbau der Wirtschaft. Die von der Revolution ergriffenen Länder versinken infolgedessen im Chaos und nähern sich russischen Zuständen, bis nach dem Versagen der revolutionären Energien das *Finanzkapital als Retter der Völker* von England und Amerika her auf dem Plane erscheinen kann zur friedlichen Einigung mit den wirtschaftlich zu Grunde gerichteten Ländern.

Klar und einfach wie diese Politik ist, erfordert sie in der Tat nur eins: die *absolute Bindung der Kräfte der Arbeiterklasse*. Der diktatorische Parteizentralismus verwandelt die Massen in sein Kanonenfutter, das er im Bürgerkrieg immer dann einzusetzen beliebt, wenn der leitende Parteiklüngel die Situation dazu für geeignet hält. Ziel des Bürgerkrieges aber ist nicht die Aufrichtung einer kommunistischen Wirtschaft, nicht die Konsolidierung eines revolutionären Staates, sondern die Ersetzung des heutigen Staatsapparates durch den Parteiapparat des durch die Massen der U. S. P. aufzufüllenden Spartakusbundes. Daß eine solche Politik sich nur durch blutigen Terror gegen alle Widerstrebenden durchsetzen könnte, daß dieser Terror sich gerade gegen die selbstbewußten und aktiven Schichten der Arbeiterklasse selber wenden muß, daß er innerhalb der Arbeiterklasse wiederum in

* Öffentliche, demütigende Zurechtweisung oder Bloßstellung.

erster Linie die Kopfarbeiter bedroht, das geht aus den finanzkapitalistischen Zielen dieser Politik deutlich hervor. Der *Prophet dieser Politik für Deutschland* zu sein, die Moskau von der Rückschrittlichkeit der russischen Verhältnisse aus für revolutionär hält – das ist das Verdienst Paul Levis, und aus diesem „revolutionären“ Verdienst schießt der rote Glanz hervor, der den Frankfurter Triumphator zweier Internationalen umspielt.

V.

Bolschewismus und Kommunismus sind zwei wesentlich verschiedene Systeme des Staates und der Wirtschaft, und da das *Moskauer Exekutivkomitee* der sogenannten dritten Internationale für sich in Anspruch nimmt, Merz und Gehirn und der Generalstab der revolutionären Arbeiterbewegung aller Länder zu sein, muß es notgedrungen die bolschewistische Politik und Methode gegen die kommunistische zu verteidigen und abzugrenzen suchen. Sehen wir zu, wie es das anfängt.

[28:] In einem offenen von dem Vorsitzenden Sinowjew gezeichneten Schreiben wendet sich das Exekutivkomitee an die Mitglieder der Kommunistischen Arbeiterpartei. Es lehnt darin deren Stellung zum *Parlamentarismus* und zu den *Gewerkschaften* ab. Sein leitendes Argument in beiden Punkten besteht in dem Hinweis, daß die Revolution überall da arbeiten müsse, wo die Masse zu finden sei. Dem gegenüber ist zu bemerken, daß in den Parlamenten zwar Advokaten, Politikanten, Bonzen und Bourgeois versammelt sind, daß aber die Massen nicht die Parlamente, wohl aber die Betriebe zu bevölkern pflegen. Außerhalb der Betriebe und außerhalb der Parlamente finden sich in Deutschland proletarische Massen nicht nur in den sogenannten Arbeiterparteien und den freien Gewerkschaften, sondern auch in der katholischen Kirche, in deren Arbeitervereinen, in der Reichswehr und in zahlreichen Skat-, Kegel- und Gesangsvereinen. Besonders die letztgenannten Organisationen sind weder so zentralisiert noch so verbontzt wie die freien Gewerkschaften, sodaß, wenn es sich darum handeln sollte, die Massen an jedem Platze zu revolutionieren, wo sie zufällig vereinigt anzutreffen sind, es sich vom Standpunkt des Moskauer Exekutivkomitees aus vielleicht empfehlen dürfte, mit der Revolutionierungstätigkeit in den Skat-, Kegel- und Gesangsclubs zu beginnen.

Die deutschen Gewerkschaften stellen als zentralisierte Berufsverbände und Träger der Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern nicht nur die hauptsächlichen Stützen des kapitalistischen Galvanisierungsversuches dar, sie gehören geradezu unter die staatlichen Einrichtungen zur Niederhaltung der proletarischen Revolution. Die Staatsweisen von Moskau begreifen das Wesen der letzteren nicht; sie begreifen nicht, daß das Proletariat den staatlichen Institutionen der Bourgeoisie eigene Kampfformationen entgegenstellen muß, und daß diese Kampfformationen schon die Keime zu legen haben für den künftigen staatlichen Aufbau. Die Parlamente indessen sind der organisierte Sumpf der kapitalistischen Verwesung, durch deren zersetzende Tätigkeit sich zur Zeit die Auflösung der bürgerlichen Zentralgewalt vollzieht, von wo aus es nicht einmal mehr möglich ist, die Konterrevolution zu konsolidieren, geschweige denn die revolutionären Tendenzen im Volk in irgend einer Form zu beleben. Weil in Rußland der Parlamentarismus geschichtlich nicht erledigt war, als die [29:] Revolution von 1917 begann, reicht die Erleuchtung der Moskauer Staatsweisen nur bis an die Erkenntnis der Rolle des Parlaments innerhalb der russischen Verhältnisse heran. Die bolschewistische Parteidiktatur in Rußland ist weder ein kommunistischer Staat noch eine kommunistische Organisation der Wirtschaft. *Die Aufrichtung einer kommunistischen Gesellschaft setzt die Konstituierung der Arbeiterschaft als Klasse, als geschlossene Einheit voraus.* Die Stunde aber, wo die Arbeiterklasse als geschlossene Einheit wirken kann, ist in Rußland noch nicht gekommen. Und weil ihnen die Rolle einer geschlossenen Arbeiterklasse, für die dort noch kein Raum ist, unverständlich bleibt, begreifen die Moskauer Staatsweisen auch nicht, daß eine Arbeiterklassendiktatur sich weder auf organisatorische Teile dieser Klasse in den Gewerkschaften noch auch auf Fraktionen stützen kann, die politisch Bruchstücke dieser Klasse repräsentieren. Als der ihn ergänzende Komponent der bürgerlichen Gesellschaft wächst das Proletariat in dem gleichen Maße, wie der Kapitalismus die Produktion ergreift. Dem voll ausgereiften Kapitalismus eines Landes entspricht daher eine für Uebernahme von Staat und Wirtschaft ausgereifte Arbeiterklasse, und eine solche bedarf zur Durchführung ihrer Revolution nun einmal anderer Methoden und anderer organisatorischer Bindungen, wie die Arbeiterschaft wirtschaftlich so weit entwickelter Länder wie Rußland und China, Turkestan und Buchara.

Das Schwergewicht des Briefes der Moskauer Staatsweisen liegt indessen nicht so sehr in der sanften Kritik der antigewerkschaftlichen und antiparlamentarischen Methoden der K. A. P. D. – es liegt vielmehr in dem *Trommelfeuer von Kraftworten*, das sie den „linken Phrasenhelden vom Typus Wolffheim und Laufenberg“ an den Kopf werfen; die „im Stil der erbärmlichen Schmierfinken des deutschen Nationalismus“ „die blutende Leiche Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs besudeln“, indem sie „Paul Levi anklagen, durch seine Agitation die deutsche Front erdolcht zu haben“. „Laufenberg und Wolffheim begnügen sich nicht damit, die Geburtsstunde der deutschen Revolution zu verfluchen, sie begnügen sich nicht damit, das Grab Liebknechts und Rosa Luxemburgs zu bespeien, sie waschen die blutbefleckten Hände des deutschen [30:] Kapitals und seiner Henker – der Noske, Lüttwitz, Maerker, Watter oder wie das sozialdemokratisch-generalstäblerische Gesindel heißt, das im Blut des deutschen Proletariats watet“. An dieser kleinen Kostprobe mag es genug sein. Aber für literarische Feinschmecker und Liebhaber stilvoller Beschwörungen sei gesagt, daß das Schreiben des Moskauer Exekutivkomitees an Schönheit und Kraft einer poetischen Sprache die Konkurrenz mit den erhabensten Psalmen des verblichenen Königs David, des weitbekannten Harfenspielers und priesterlichen Vortänzers vor der Bundeslade des Herrn, aushält, und in jeder leistungsfähigen Buchhandlung wohlfeil für zwölf Groschen zu haben ist.

Im übrigen beginnt die würdige Epistel mit einer ganz unwürdigen Lüge. Die Verfasser behaupten nämlich wider besseres Wissen, daß wir in Heidelberg die Kommunistische *Partei gespalten* hätten. Gegenüber dieser Geschichtsklitterung steht fest, daß Levi mit seinem Einbläser Radek die Spaltung vorher verabredet hatte, daß er bei Beginn der Konferenz entschlossen war, sie unter allen Umständen zu vollziehen, daß Radek allerdings im letzten Moment aus Angst vor der eigenen Courage die Spaltung durch einen Brief zu verhindern suchte, eine Absicht, die vereitelt wurde, als die Gegenorder angeblich zu spät in die Hände des Empfängers gelangte. Wir hatten keine Veranlassung, die Spaltung zu provozieren, da wir unserer ganzen Politik gemäß nur das Selbstbestimmungsrecht der Mitgliedschaften gegen einen bürokratischen Parteiapparat vertraten, und damals die überwiegende Mehrheit der Mitgliedschaften in allen wesentlichen Punkten unsere Meinung teilte. Wir hatten jedoch ebenso wenig Veranlassung, der bei Levi bestehenden Spaltungsabsicht entgegenzuwirken, da wir erstens kein Interesse daran haben konnten, uns mit diesem Manne in einer Organisation zu befinden, und da zweitens Kommunismus und Spartakismus unvereinbare Gegensätze sind, die nicht in eine Organisation gehören. Wenn trotzdem das Moskauer Exekutivkomitee und die übrigen Moskauer Staatsweisen nicht müde werden, die Begriffe Kommunismus und Spartakismus fortgesetzt zu verwechseln, so beweisen sie damit nur, daß sie noch nicht über die Anfangsgründe kommunistischer Politik und Orientierung verfügen, wofür ja die wirtschaftliche und poli-[31:]tische Zurückgebliebenheit Rußlands eine genügende Entschuldigung bildet.

Und weil sie nicht über den engen Rahmen der Parteischablone hinaus zu blicken vermögen, darum erscheint ihnen als die wichtigste Aufgabe eines jeden Kommunisten, sich den Arbeitern in der U. S. P. zu nähern, um diese zu der Höhe der Erkenntnis hinauf zu ziehen, die der Spartakusbund in Deutschland, die Partei der Bolschewiki in Rußland vermitteln. Auf die *leichteste und seichteste Parteiagitation* also, auf den einfachen Mitglieberfang für die bis jetzt noch immer kleinste proletarische Partei läuft nach der Auffassung der Moskauer Staatsweisen die wichtigste Aufgabe eines jeden Kommunisten hinaus. Und um den Spartakisten Deutschlands diese ihre wichtigste Aufgabe zu erleichtern, macht es das Moskauer Exekutivkomitee durch einen Ukas, den es den Richtlinien für den Beitritt zu der von ihm konstruierten sogenannten dritten Internationale einverleibt hat, den Arbeitermassen in der U. S. P. zur Pflicht, dem Triumphator zweier Internationalen, Paul Levi, den Treueid zu leisten und sich in seine Gefolgschaft einzureihen, wenn auch sie der Gnade teilhaftig werden wollen, von der Moskauer Sonne bestrahlt und vorm Zarenrubel befruchtet zu werden.

Eine Politik, die darauf abzielt, das revolutionäre deutsche Proletariat in eine spartakistische Partei einzuhürden, wie eine Hammelherde in ihren Stall, muß sich natürlich mit den wütendsten Ausfällen gegen die Personen in der Arbeiterbewegung wenden, die als Grundgedanken kommunistischer Orientierung die Auffassung propagieren, *daß die proletarische Staats- und Volkspolitik erst da anfängt, wo die Parteipolitik aufhört*. Deshalb wiederholt der würdige Sinowjew die kindlichen Lügen, die

der durchaus nicht kindliche Radek schon im November des vorigen Jahres in die Welt setzte, als er sich über unsere Schrift: Revolutionärer Volkskrieg oder konterrevolutionärer Bürgerkrieg? erboste, weil sie seine diplomatischen Pffiffe und Kniffe, seine auf England berechneten pazifistischen Flohknackereien unliebsam störte. Wir sollen gestern noch den Burgfrieden mit der deutschen Bourgeoisie propagiert haben, wir sollen nicht eine wirkliche Räterepublik, sondern eine Scheinräterepublik erstreben, weil wir allen [32:] Bauern ohne Rücksicht auf die Größe ihres Grundbesitzes Wahlrechte einräumen wollten. Wir sollen auf eine Koalition mit der nationalistischen Bourgeoisie und dem Offizierkorps zum Zweck eines Angriffskrieges gegen die Entente hinarbeiten. Und dieser nationalistisch-kleinbürgerliche Standpunkt führe uns naturgemäß zum Kampfe gegen die kommunistische Internationale. Dieses letztere Verbrechen soll durch die Führung des Nachweises begangen sein, daß der Triumphator zweier Internationalen Paul Levi im Oktober 1918 *die deutsche Front erdolchte, um zu verhindern, daß sie aus einer imperialistischen sich in eine revolutionäre Front verwandelte*. Bekanntlich ließ der Agent des internationalen Finanzkapitals Paul Levi im Oktober 1918, entgegen den einmütigen Willen der Vertreter aller revolutionären Gruppen im Lande durch den Apparat des Spartakusbundes die Parole an die Front gelangen, daß die Revolution zu Massendesertionen aufrufe, und daß mit diesen Massendesertionen die Revolution an der Front beginne. Der würdige Sinowjew deckt ausdrücklich diese Parole des Agenten des internationalen Finanzkapitals Paul Levi, auch er hält es für notwendig, daß dem angelsächsischen Kapitalismus zum Sieg verholfen, daß die Niederlage des eigenen Landes herbeigeführt wurde. Was braucht es das Moskauer Exekutivkomitee zu kümmern, daß sich die deutsche Revolution entschied in einem Augenblick, wo die militärische Niederlage Deutschlands und seine Entwaffnung noch nicht vollzogen waren, wo Niederlage und Entwaffnung des Heeres die weltpolitische Niederlage und die Entwaffnung der deutschen Revolution bedeuteten, deren siegreiche Durchführung die Voraussetzung dafür, bildete, daß auch in den Ländern der Entente der Kapitalismus sich nach den schweren Stößen und Erschütterungen des Krieges nicht neu erholen konnte! Die revolutionäre Tätigkeit des Spartakusbundes lief unter ausdrücklicher nachträglicher Billigung durch das Moskauer Exekutivkomitee der sogenannten dritten Internationale darauf hinaus, mit der Niederlage des national organisierten deutschen Industriekapitals den Sieg des internationalen Finanzkapitals zu gewährleisten.

Und dieser ausdrücklichen Billigung der Auslandspolitik des Spartakusbundes entspricht die ausdrückliche Billigung seiner innerpolitischen [33:] Methoden. Es war also richtig, daß der Spartakusbund die Deserteure als Deserteure organisierte, daß er aus ihnen den famosen „Roten Soldatenbund“ als seine Parteigarde ins Leben rief, daß er diese Parteigarde, wo immer er konnte, dem zurückkehrenden revolutionierten Heere gegenüberstellte, daß er alle militärischen Formationen im Lande als „konterrevolutionär“ verscrie, und daß er durch die Gegnerschaft des „Roten Soldatenbundes“ gegen sie alle regulären Formationen als „weiße Garde“ stempelte, noch ehe weißgardistische Truppenkörper im Lande überhaupt vorhanden waren. Das von der Berliner Zentrale des Spartakusbundes gegebene Beispiel fand sogleich an vielen Orten des Landes, wo der Spartakusbund die revolutionäre Politik beeinflusste, Nachahmung, und dort überall wurden nun von der sozialdemokratischen Regierung in Verbindung mit der Generalität weiße Garden geschaffen zur Unterdrückung der spartakistischen Parteiformationen. Dort überall aber schlug auch sogleich der Bürgerkrieg empor, der nach siegreich durchgeführten Aufstand in Deutschland vom ersten Tage an nicht ein Mittel der Revolution gegen die Bourgeoisie, sondern die Waffe der sich sammelnden Konterrevolution gegen die siegreiche Arbeiterklasse gewesen ist. Diesen Bürgerkrieg am Ausgangs- und Brennpunkt, der deutschen Revolution, in Hamburg unmöglich gemacht zu haben, dadurch daß wir es nicht zur Bildung spartakistischer Parteigarden kommen ließen und später die Zentralisierung der Militärdiktatur über das ganze Land durch die von uns eingeschlagene Taktik verhinderten, darin liegt in der Tat unser schweres Verbrechen gegen die kommunistische Internationale und gegen die deutsche Revolution. Und diese Haltung kann freilich nur denen als Verbrechen erscheinen, die der Auffassung sind, daß die Aufgabe der deutschen Revolution darin bestand, dem internationalen Finanzkapital auch in Deutschland zum Siege zu verhelfen. Die um die formale Demokratie sich sammelnden Schichten, und nicht das durch Krieg und Revolution zerschmetterte national organisierte Industriekapital – jene um das Finanzkapital gruppierten Schichten, das war vom ersten Tage der Umwälzung an der einzige

gefährliche Gegner der Revolution, das und nichts anderes war die deutsche vom Völkerbund gestützte Konterrevolution.

[40:] Die Moskauer Staatsweisen krönen ihre poetischen Tiraden damit, daß sie unseren Ausschluß aus der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands verlangen. Ein grobes Täuschungsmanöver. Denn sie versuchen mit dieser genialen Geste nur die Tatsache zu verschleiern, *daß sie mit keiner Silbe auf die Paul Levi gemachten schweren Vorwürfe einzugehen wagen*. Diesen Mann, der als Judas und Asew der deutschen Revolution, als internationaler Lockspitzel, als Agent des Finanzkapitals, als Organisator des Bürgerkrieges, als Bundesgenosse des englischen Spions Trebitsch-Lincoln und der hinter diesem stehenden Ludendorffclique in Wort und Schrift öffentlich gebrandmarkt worden, nimmt das Moskauer Exekutivkomitee nicht allein unter die schützenden Fittiche einer Internationale, die sich kommunistisch nennt, diesen Mann bestellt es schon jetzt zum *Diktator über Deutschland* am Tage nach der Revolution, um nach vollzogenem zentralistischen Landesanschluß als russischer Satrap den neuen Randstaat zu verwalten. Es wäre unbillig, von einer Politik, welche die Erbschaft des Zarismus antrat, mehr Sauberkeit zu erwarten, als sie ihrer ganzen Zuständlichkeit nach aufbringen kann. Wenn aber die Arbeitsgemeinschaft mit einer Person, die unbestreitbarer Tatsachen halber einer Kennzeichnung verfallen wie Paul Levi, in der ganzen Welt als eine Ungeheuerlichkeit gilt, woher dann diese selbst für das moskowitische Milieu ungewöhnliche Außerachtlassung der primitivsten Selbstverständlichkeiten der politischen Haltung und Führung? Diese Frage drängt sich um so mehr auf, als Karl Radek, unter dessen Verantwortung und auf dessen Betreiben das Moskauer Exekutivkomitee jene Beschlüsse gefaßt hat, zwar auf Reinlichkeit, keine großen Stücke hält, aber doch genügend politischen Schieberinstinkt besitzt, um sich nicht unnötig zu kompromittieren.

Da die spartakistische Staatsorganisation, die Zentralisierung der Wirtschaftsmittel eines Landes unter der Despotie eines kleinen Ringes, den Bedürfnissen des internationalen Finanzkapitals entgegen kommt, muß der Zeitpunkt eintreten, wo beide sich einander zu nähern beginnen. Dies geschieht, sobald sich herausgestellt hat, daß der Bolschewismus keine kommunistische Gesellschaft anzubauen vermag, und sobald die Gegensätze im Völkerbunde sich aufs neue gefährdend zuspitzen, wie es zwischen [35:] England und Amerika auf der einen, Japan und Frankreich und der anderen Seite der Fall ist und von dem Tage an sich voraussehen hieß, als Frankreich sich der Verwirklichung des Völkerbundes im englisch-amerikanischen Sinne widersetzte. Die auf Verständigung zwischen dem Bolschewismus und dem internationalen Finanzkapital gerichtete Tendenz wurde von Radek bewußt aufgenommen. Er ist *der eigentliche Träger jener Politik, die auf den Ausgleich der russischen Revolution mit dem englischen Imperialismus* in der Form des „modus vivendi“ hinausläuft, Bestrebungen, die für Deutschland ihre Ergänzung fanden in der Politik, die unter der Aegide des Trebitsch-Lincoln die Kapp-Lüttwitz und *Ludendorff* durchzuführen versuchten, wie denn Radek während seiner Berliner Haft in Verbindung stand mit der Clique um Ludendorff, so daß er einen Vertreter des letzteren in seiner Zelle zum Zweck geheimer Besprechungen empfing. Hätte diese Politik sich in Rußland und Deutschland in vollem Umfange durchsetzen können, so wäre die *Aufrichtung des Völkerbundes im englisch-amerikanischen Sinne vollzogen gewesen*. Daß aber in ihm nicht national englisches, sondern ganz anders geartetes Kapital als stärkster Exponent den politischen Ausschlag gegeben und die Richtung der ferneren Entwicklung bestimmt hätte, ist gewiß. Diese Hinweise machen es ohne weiteres verständlich, weshalb Radek in seinem Spiele nicht jene Figur missen will und kann, in der sich in dem für die Weiterführung der Revolution ausschlaggebenden Lande die Interessen der russischen und der goldenen Internationale berühren und kreuzen.

Karl Radek ist in der deutschen Arbeiterbewegung seit langem nicht unbekannt. Er galt vor dem Kriege in einem Kreise sozialdemokratischer Literaten als ein guter Kenner der internationalen Kreuzungen der Weltpolitik. Mit der Arbeiterschaft selbst kam er dagegen in Deutschland nicht in persönliche Berührung. Wo er in Beziehungen zu den Organisationen geriet, verliefen seine proletarischen Gehversuche nicht sonderlich glücklich. Wegen eines Ausschlußurteils, das die polnische Sozialdemokratie aus Gründen angeblicher persönlicher Verfehlungen gegen ihn gefällt hatte, beschäftigten sich mit ihm zwei Kongresse der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Die sachliche Nachprüfung der erhobenen Vorwürfe wurde [36:] dadurch unmöglich gemacht, daß seine literarische Tätig-

keit den deutschen Parteiinstanzen unbequem war. August Bebel, der über eine Menschenkenntnis und einen psychologischen Scharfblick verfügte, die durchweg das richtige trafen, hat ihn auf dem Chemnitzer Parteitage als eine Persönlichkeit bezeichnet, über deren moralische Qualitäten keinerlei Meinungsverschiedenheiten bestünden, und der er nicht die Ehre antun wolle, ihren Namen zu nennen. Bald nach dem Ausbruch des Weltkrieges begab sich Radek nach der Schweiz, wo er sich bis zum Sturze des Zarismus aufhielt. Seine revolutionäre Tätigkeit bestand in jener Zeit darin, vom sicheren Ausland aus, wo er, der geborene Oesterreicher, Unbequemlichkeiten für sich nicht zu besorgen brauchte, anonym eine Politik zu treiben, die in erster Linie auf die Herbeiführung der deutschen Niederlage gerichtet war. In der Schweiz hatte er das Glück, in Paul Levi einen Mann zu finden, der nach einer kurzen Gastrolle in der deutschen Armee seine Aufgabe darin sah, zwischen Frankfurt und Genf fortgesetzt hin und her zu pendeln, und der allen Einflüsterungen Radeks um so zugänglicher war, als ihn jede Qualifikation zur Beschäftigung mit revolutionärer Politik fehlte. Nach dem Sturze des Zarismus spielte Radek zu Petersburg als Propagandist der Ideen der Bolschewiki eine Rolle. Als der Oktober-Umsturz von 1917 erfolgte und Friedensverhandlungen eingeleitet wurden, war er der Verfechter jener Opposition, die die Unterzeichnung des Friedensvertrages von Brest-Litowsk verwarf. Sein Pazifismus setzt sich bei ihm anscheinend nur dann durch, wenn die Interessen des Finanzkapitals eine pazifistische Orientierung verlangen.

Der Ausbruch der Novemberrevolution veranlaßte ihn, das Feld seiner Tätigkeit nach Deutschland zurückzuverlegen. Die Politik, die er als Vertreter der russischen Regierung in Berlin begann, war von zwei Grundmotiven geleitet. Zunächst setzte er sich zum Ziel, die deutsche Revolution mit russischem Gelde auszukaufen, um durch seinen finanziellen Apparat die revolutionäre Bewegung in Deutschland und deren gesamte Orientierung in die Hand zu bekommen und sie den Bedürfnissen seiner eigenen Politik unterzuordnen. Die Unterstellung der deutschen Revolution unter die russische Revolution, der deutschen Politik unter die russische Politik, und nach erfolgter Durchsetzung der Revolution *die Unterstellung des ganzen Landes unter* [37:] *russische Hegemonie* war die notwendige Wirkung und selbstverständliche Folge der von Radek versuchten Politik. Daneben verfolgte er die Absicht, mit England unter allen Umständen zum Friedensschluß zu gelangen. Der „modus vivendi“, den er anstrebte, hat keine andere Auslegung und kann keine andere haben, als die Auslieferung der russischen Revolution an das internationale Finanzkapital, dem Rußland und damit auch Deutschland mit staatskapitalistischen Methoden und scheinkommunistischen Formen eingegliedert werden sollen. Jede Politik, die auf die Erreichung dieser Ziele gerichtet war, mußte dem Selbstbewußtsein und der Energie der revolutionären deutschen Arbeitermassen das Rückgrat zu brechen suchen. Hier aber *stieß Radek mit der Hamburger Orientierung zusammen*, die von jeher das Selbstbestimmungsrecht der Massen in ihren Organisationen, aus dem für die internationale Politik das Prinzip der nationalen Autonomie unmittelbar folgert, zum Ausgangspunkt jeder revolutionären Politik gemacht halte.

Schon vor der Konferenz zu Heidelberg hatte Radek auf die Spaltung der Kommunistischen Partei hingewirkt, als er bemerkte, daß der auf sein Geheiß im Winter vollzogene Zusammenschluß von uns zur Bekämpfung seiner eigenen Politik innerhalb der Gesamtorganisation benutzt wurde. Die unmittelbar nach jener Konferenz von uns verfaßte Schrift über Volkskrieg und Bürgerkrieg bildete für ihn die Veranlassung, nun in einer ganzen Flut von Artikeln gegen unseren Standpunkt zu Felde zu ziehen. Er legte seine Polemik darauf an, unsere Ansichten zu fälschen, um uns im Auslande als Verbündete des deutschen Imperialismus und des preußischen Militarismus erscheinen zu lassen, und damit schon *die Arbeiter der ganzen Welt gegen eine deutsche Räterepublik aufzuputschen*, sofern diese Räterepublik der eigenen Kraft der deutschen Revolution entsprang und sich von dem Einfluß der durch die Radek-Levi repräsentierten Kreise freizuhalten verstand. Während er uns als Kriegshetzer denunzierte, eine Denunziation, die von der sozialdemokratischen und pazifistischen Presse aller Länder aufgegriffen wurde, propagierte er selber eine Politik, die gleichbedeutend ist mit einem nackten Verrat an der deutschen Revolution. Er verlangt die grundsätzliche Anerkennung des Versailler Friedens durch das deutsche Proletariat und eine grundsätzliche Verständigung mit [38:] der ausländischen Bourgeoisie unter gleichzeitigem schärfsten Terror gegen die deutsche Bourgeoisie

und die deutsche Intelligenz. Gutgläubige Parteischafe der U. S. P. mögen sich trotzdem einreden, daß die Politik Radeks, selbst wenn sie falsch ist, auf ehrlicher revolutionärer Ueberzeugung beruhe. Wer innerhalb der aufsteigenden Revolution eine Politik verlangt, die offensichtlich auf die Eindämmung aller revolutionären Kräfte zum Zweck der Erhaltung der fremdländischen Bourgeoisie auf dem vom internationalen Finanzkapital festgesetzten Status gerichtet ist, der muß sich gefallen lassen, daß er, ohne Rücksicht auf Phrasen, lediglich nach seinen Taten beurteilt wird.

Weil es seiner pazifistisch-finanzkapitalistischen Politik in Deutschland in den Kram paßte, scheute Radek nicht davor zurück, auch die alle kommunistische Theorie zu fälschen. Im Interesse seiner Politik bestritt er, daß trotz der Klassenscheidung in allen Völkern *jedes Volk ein Ganzes* bildet und als solches *nationale Interessen* besitzt. Diese theoretische Konstruktion hinderte ihn dann freilich nicht, in Rußland die Trompete zum nationalen Volkskrieg gegen Polen zu blasen. Während er in Deutschland behauptete, daß seit dem Aufkommen des Imperialismus nationale Kriege in Europa nicht mehr möglich seien, während er in Deutschland den nationalen Krieg grundsätzlich verwarf, obwohl dieser in dem zur Kolonie gewordenen Länder nur noch mit revolutionären Mitteln durchgeführt werden kann, besingt er die alten Zarengeneräle, die offen ihre Abneigung gegen den Kommunismus eingestehen, als nationale Helden des revolutionären Krieges gegen Polen und preist diesen Krieg, den sein geliebtes England zu verhindern weder willens noch imstande war, als einen wahrhaft revolutionären und einen wahrhaft nationalen Krieg. Indem er für diesen Krieg den Burgfrieden proklamiert, sogar mit den „ehrlichen“ Nationalisten der Konterrevolution, macht er zugleich dem Pseudonym K. Radek = Kradek = Dieb, das seinen ihm anscheinend nicht vornehm genug klingenden Namen Sobelson verbirgt und (das er sich zulegte, weil er glaubte, damit den auffälligsten unter den im Ausschlußurteil der polnischen Sozialdemokratie wider ihn erhobenen Vorwürfen lächerlich und unwirksam machen zu können, alle Ehre. In demselben „Augenblick nämlich, in dem er von Rußland aus unseren Ausschluß aus der K. A. P. D. verlangt wegen bestimmter Gedankengänge, die wir [39:] propagieren, eignet er sich die gleichen Gedankengänge an, um mit der starken nationalen Strömung, die zur Zeit durch alle Schichten des russischen Volkes geht, Geschäfte für seine und seiner Freunde Politik und Stellung zu machen, obwohl und eben weil er weiß, daß beides weder mit den internationalen Interessen des Proletariats noch mit den nationalen des russischen Volkes vereinbar ist.

Während er fortfährt, der Weltpolitik des Finanzkapitals die Wege zu ebnen, hat er sich damit abgefunden, für eine Weile noch in das russische nationale Horn zu stoßen. Aber weil er glaubt, die nationale Idee in Rußland meistern zu können, versucht er jede andere nationale Idee in der Arbeiterklasse zu ersticken, und er proklamiert: „*Alle Arbeiter der ganzen Welt müssen jetzt russische Patrioten sein, denn Rußland ist das einzige Land, in dem die Arbeiterklasse die Macht in Händen hat*“.

Was es mit der Herrschaft der Arbeiterklasse in Rußland vorläufig noch auf sich hat, haben wir gesehen. Die freundliche Aufforderung an die Arbeiter der ganzen Welt, russische Patrioten zu sein, weil und so lange Karl Radek dies für wünschenswert hält, wird nicht verfehlen, den Arbeitern aller Länder die Augen darüber zu öffnen, was Karl Radek und seine Freunde hüben und drüben unter der internationalen proletarischen Revolution verstehen.

VI.

Die kritische Erledigung der bolschewistischen Methoden macht es notwendig, uns in diesem Zusammenhang mit einer Persönlichkeit auseinanderzusetzen, die nicht in den Kreis des Klüngels um Radek hineingehört. *Lenin* hat es sich jedoch selber zuzuschreiben, wenn er mit einem Subjekt wie Levi, einem Hanswurst wie Sinowjew und einem diplomatischen Schieber wie Radek in einer Abhandlung genannt werden muß. *Lenin* hat es für notwendig befunden, ohne jede genaue Kenntnis der deutschen Verhältnisse und der in ihnen handelnden Personen in einen Kampf einzugreifen, den die deutsche Revolution im eigenen Hause gegen ihre Verderber führt. Er hat in einer besonderen Schrift: Die Kinderkrankheit des Kommunismus es sich zur Aufgabe gemacht, denjenigen Flügel der Revolutionäre, der sich im Gegensatz zum Spartakusbunde befindet, als „Opposition“, worunter er ausdrücklich auch uns versteht, [40:] kritisch zu erledigen. Soweit sich seine Kritik gegen die K. A. P. D. als solche richtet, haben wir kein Interesse daran, deren Parteigrößen die Antwort abzunehmen.

Soweit aber unser eigener geschlossener, von uns seit Kriegsausbruch in zahlreichen Veröffentlichungen begründeter Standpunkt in Frage kommt, können wir die vorliegende Schrift nicht abschließen, ohne wenigstens diejenigen Punkte zu berühren, auf die es sich noch lohnt, auch vor der deutschen Leserschaft einzugehen.

Einer wirklichen und *grundsätzlichen Auseinandersetzung* mit unserer Politik geht Lenin weit aus dem Wege. Er spricht nicht einmal von den Leitsätzen, die wir der Heidelberger Konferenz zur Parlaments- und Gewerkschaftsfrage vorgelegt haben, sondern begnügt sich mit der Polemik gegen die schiefe Formulierung, die ihnen die Holländer gegeben haben. Auch auf die Hamburger Adresse und ihre Erläuterungen in den sogenannten Erlerartikeln in der Hamburger Kommunistischen Arbeiterzeitung geht Lenin nicht ein, obwohl er dies um so notwendiger hätte tun müssen, als diese Schrift und die ihr folgenden Artikel zum Ausgangspunkt einer durch die ganze sogenannte dritte Internationale gehenden Polemik geworden waren. Desgleichen vermeidet er es peinlich, auch nur mit einem Worte die besondere deutsche Situation in der Weltrevolution darzustellen oder die geschichtlichen Wurzeln der deutschen Revolution aufzudecken und zu analysieren. Die verderbliche Gewohnheit, von der Grundlage des russischen Beispiels aus die kritische Analyse einer gegebenen Gesellschaft durch theoretische Konstruktion zu ersetzen, bringt es mit sich, daß Lenin weder die außenpolitische noch die innere Situation Deutschlands begreift. Er sieht nicht, daß *Deutschland heute eine Kolonie des internationalen Finanzkapitals* ist, die sich zum Völkerbunde ähnlich wie Indien zu England verhält, und daß das internationale Finanzkapital die völlige Vernichtung der deutschen Wirtschaft sich als Ziel gesetzt hat, ein Ziel, dessen Verwirklichung nur durch die deutsche Revolution verhindert werden kann. Und in der inneren Situation Deutschlands sieht er nicht, daß der Versuch, nach dem deutschen Fürstenstaat einen bürgerlichen Staat zu konsolidieren, gescheitert ist, und daß der proletarische Staat die einzige heute noch für Deutschland mögliche Staatsform darstellt. Und weil er diese Tatsache nicht er-[41:]kennt, sieht er auch nicht, daß politische Formen, die je nach dem Kräfteverhältnis der Klassen in Rußland angewendet oder zeitweilig ausgeschaltet werden können, für Deutschland eine Unmöglichkeit sind. Die Tatsache der Zersetzung aller bürgerlich-demokratischen Organisationen, die natürlich auch die Parteien ergreift, ist ein Produkt der gesellschaftlichen Entwicklung selbst, die durch kein revolutionäres Kommando angetrieben oder aufgehalten werden kann. Die Gewerkschaften sind schon seit langem nicht mehr Organe des proletarischen Klassenkampfes, sondern Stützen der kapitalistischen Wirtschaft, und sie schalten aus ihrer gesamten Politik grundsätzlich die Interessen einer großen Schicht der Arbeiterklasse aus, die als sogenannte *Kopfarbeiter* einen wesentlichen Bestandteil der Arbeiterklasse in jeder entwickelten kapitalistischen Wirtschaft darstellen. Isoliert von der Arbeiterbewegung, wie sie bisher waren, und dadurch nur um so fester an die bürgerliche Gesellschaft herangetrieben, so lange diese in Blüte stand, fühlt sich diese Schicht mit dem Niedergang der Wirtschaft am stärksten enturzelt und sucht gerade jetzt ihren Anschluß an die kommunistische Bewegung zu vollziehen. *Gerade diese Bewegung bildet das hervorstechende Merkmal der augenblicklichen deutschen Situation*, und es berührt jeden politisch denkenden Menschen unsagbar komisch, wenn ein Mann wie Lenin in der Arbeiterbewegung nur das alle Partei- und das alle Gewerkschaftsgetriebe anerkennt, für die *Allgemeine Arbeiterunion* aber kein Verständnis aufbringt und die Kopfarbeiter gar mit keiner Silbe erwähnt.

Die bisherigen Ergebnisse der russischen Revolution sind doch nur durch die Tatsache zu erklären, daß es eine starke gefestigte eigene Bourgeoisie im zurückgebliebenen zarischen Rußland noch nicht gab, und es bedeutet eine naive *Ueberschätzung des russischen Beispiels*, wenn Lenin annimmt, daß die revolutionäre Bewegung in allen Ländern mit dem russischen Maßstabe gemessen werden dürfe. *Selbst die russischen Räte sind keine spezifisch russische Erfindung*. Ganz abgesehen davon, daß zu allen Zeiten Räte die Organe jeder Art von Selbstverwaltung waren, ist der Gedanke der modernen Arbeiterräte der russischen Arbeiterschaft durch die deutschen Gesellenorganisationen vermittelt worden. Oertliche Gesellenräte [42:] bildeten in der Zeit der Zünfte überall da, wo mehrere Gewerke gleichzeitig im Kampfe stehen, die Kampfleitung. Aus diesen Gesellenräten, die in Norddeutschland seit der Mitte der sechziger Jahre des letzten Jahrhunderts auch schlechthin Arbeiterräte heißen, gehen mit der Entwicklung der freien Gewerkschaften in Deutschland die örtlichen Kartelle hervor. Als

erste Keime einer internationalen Arbeiterbewegung reichen diese zünftigen Gesellenorganisationen über Deutschland, Dänemark, das südliche Schweden und die baltischen Provinzen Rußlands. Auch in der angloamerikanischen Arbeiterbewegung hat sich das Wort „Rat“ in der Bezeichnung „council“ für die örtlichen Kartelle erhalten. Wenn Lenin ferner glaubt, die sogenannte marxistische Schulung habe den russischen Bolschewismus befähigt, sich das letzte Wort der amerikanischen und europäischen politischen Erfahrungen anzueignen, so beweisen gerade seine Ausführungen, daß er von den politischen und wirtschaftlichen Methoden zumal der amerikanischen Arbeiterbewegung noch keines Geistes Hauch verspürt hat, wie überhaupt die westeuropäische und amerikanische Politik darauf verzichtet, über Fragen auch nur zu diskutieren, die Lenin in seinem Buch noch als Probleme behandelt. Die Theorie eines Marx erschöpft sich nicht in einigen gedanklichen Versteinerungen; sie setzt vielmehr tägliche selbständige Neuschöpfung durch eigenes dialektisches Denken voraus. Und der Methode dialektischen Denkens entspricht es jedenfalls nicht, wenn an die Stelle der Untersuchung immanenter gesellschaftlicher Notwendigkeiten Befehle und Kommandos einer Zentralstelle gesetzt werden, die die revolutionäre Entwicklung der Welt nach ihren subjektiven Bedürfnissen und Wünschen glaubt leiten und lenken zu können.

Schon das primitivste Verständnis für die Marx'sche Werttheorie hätte es der bolschewistischen Partei klar machen müssen, daß Tätigkeiten, die als gesellschaftlich notwendige in den Produktionsprozeß eingegliedert sind, nicht als unproduktiv gewertet werden dürfen, und daß mithin *die proletarische Diktatur notwendig alle Schichten als gleichberechtigte Träger dieser Diktatur umfassen muß, deren Arbeitstätigkeit für die Erhaltung der Gesellschaft nötig ist*. Jeder Versuch, hochqualifizierte Tätigkeit unter die Herrschaft der „schwierigen Faust“ zu pressen, mußte notwendig den Widerstand der davon betroffenen [43:] Schichten zur Folge haben, und zwar nach den Regeln der materialistischen Geschichtsauffassung, die ihrerseits die Grundlage des Klassenkampfprinzips ist. Es kann nicht weit her sein mit der „marxistischen Schulung“ einer Partei, die schon bei der ersten praktischen Aufgabe, vor die sie sich gestellt sah, sich in einen unlösbaren Widerspruch verstrickte mit den Grundgesetzen des Klassenkampfes selbst. Es handelt sich für die proletarische Revolution nicht darum, die Kopfarbeiter auszuschalten, sie unter die Knute zu bringen, oder ihnen den Schädel einzuschlagen. Sondern es handelt sich darum, sie zu *organisieren*. Nur wer die Kopfarbeiter organisiert, kann Staat und Wirtschaft organisieren, und nur wer Staat und Wirtschaft organisiert, kann durch staatliche Machtmittel die Kopfarbeiter dem proletarischen Klassenrahmen eingliedern, um durch die kommunistische Organisation der Gesellschaft, durch Einheits- und Arbeitsschule Kopf- und Handarbeit zu einer unlöslichen Einheit zu verschmelzen.

Was die hohe Weisheit Lenins betrifft, daß eine revolutionäre Partei je nach der Situation legal oder illegal arbeiten müsse oder beides zugleich, das ist in der Tat das Abc jeder revolutionären Bewegung, und gerade hierin liegt der Grund, daß die deutsche Arbeiterklasse sich diese Weisheit schon während des Sozialistengesetzes an den Stiefelsohlen ihrer Kinder abgelaufen hat. Wenn am Ende des Sozialistengesetzes die Pläne Bismarcks zur Durchführung gelangten, so wäre die Antwort der deutschen Arbeiterklasse auf die geplante Vernichtung des damaligen Reichstagswahlrechtes wahrscheinlich der allgemeine Aufstand gewesen. Dieser Aufstand hätte nur entweder mit der Niederwerfung der Arbeiterklasse oder mit der Verjagung der Fürsten und Junker endigen können, und im letzteren Falle wäre die deutsche Arbeiterklasse in der Lage gewesen, unter der Führung Bebels und Liebknechts und mit der Orientierung ihres alten radikalen Flügels die Macht im Staate zu übernehmen. In einem solchen Falle und unter Zugrundelegung der damaligen Höhe der Entwicklung würde sie sich in einer ähnlichen Situation befunden haben, wie im Jahre 1917 die Bolschewiki, womit aber durchaus nicht gesagt ist, daß die alle Sozialdemokratie ihrer Aufgabe mit den gleichen primitiven Mitteln gerecht zu werden versucht hätte. Daß aber für das heutige Deutschland nach seiner gewaltigen Entwicklung in der [44:] Zeit des Imperialismus die spezifisch russischen Methoden der proletarischen Diktatur nicht mehr in Frage kommen können, das liegt hierin in der Tat ausgesprochen.

Damit erledigt sich auch das ganze Gerede Lenins über Masse, Partei und Klasse. *Die höchste Form der Organisation einer Klasse ist eben nicht die Partei, sondern der Staat selbst*. Und in Deutschland wird die proletarische Diktatur die Organisation der ganzen Arbeiterklasse auf der breiten Grundlage

der proletarischen Demokratie sein – oder sie wird gar nicht sein. Der Gegensatz zwischen Demokratie und Diktatur besteht in Deutschland nur durch das Parteigeschwätz des Spartakusbundes. Es gibt hier entweder die bürgerliche Demokratie oder die proletarische Demokratie – und damit entweder die Diktatur der Bourgeoisie oder die Diktatur der Arbeiterklasse. Bürgerliche Demokratie und die ihr entsprechende Staatsgewalt baut sich auf auf dem Besitz und der politischen Gemeinde. Proletarische Demokratie und der ihr entsprechende Staat erhebt sich auf der Arbeitstätigkeit und dem Betrieb.

In dem Teile seiner Schrift, der über die *Landesverteidigung im Weltkriege* handelt, haben wir vergebens nach einer klaren Darlegung gesucht, was Lenin unter dem Begriff Landesverteidigung eigentlich versteht. Er spricht an einer Stelle von der Einstellung der bolschewistischen Politik auf die Niederlage des Zarismus. Aber diese Niederlage herbeizuführen, war ja das erste selbstverständliche Ziel jeder revolutionären russischen Politik, wie die deutsche Revolution mit der Verjagung der deutschen Fürsten beginnen mußte. Wie wenig aber Fürstenkrieg und Landesverteidigung Dinge sind, die in einen Topf geworfen werden dürfen, hätte er schon aus *Lassalles* Schriften und Briefen über den italienischen Krieg entnehmen können, wenn er die Schriften dieses deutschen Agitators seiner Beachtung würdig befunden hätte. Lassalle befürwortete damals die Beteiligung der deutschen Fürsten an der Seite des Hauses Habsburg am Kriege gegen Italien und Napoleon II., weil er voraussah und wünschte, daß die deutschen Fürsten dabei tüchtige Hiebe beziehen und ein solcher Ausgang des Krieges in Deutschland die Revolution hervorrufen würde, der er dann die Aufgabe zuwies, [45:] die Landesverteidigung gegen Napoleon zu organisieren. Auf die deutsche Position während des Weltkrieges angewandt, bedeutete diese Taktik, daß es die Sache der deutschen Revolution selber sein mußte, die Fürstenmacht zu zerschmettern, und daß diese Aufgabe nicht dem Auslande überlassen werden durfte, weil der damalige Krieg ein Krieg von der Art war, die Lassalle für geradezu katastrophal ansah, da er nicht Fürsten gegen Fürsten oder Kapitalisten, sondern die Völker selbst wider einander ins Feld führte. Gerade weil die Völker unter der Gewalt ihrer herrschenden Klassen gegen einander kämpften, mußte im Lande des Siegers die herrschende Macht um das sich vermehren, was das geschlagene Land an Macht einbüßte. Vom internationalen Standpunkt der Arbeiterbewegung aus durfte daher die revolutionäre Bewegung den Sieg keines der ringenden Gegner fördern, sondern sie hatte ihre ganze Kraft auf die Revolutionierung des eigenen Landes und Volkes einzustellen, *um den Charakter des Krieges nach dem Siege der Revolution in einem Lande zu verwandeln*. Hieraus aber resultierte eben die gegebene Notwendigkeit für die Arbeiter aller Länder, sich, unabhängig von ihren Wünschen und Gefühlen, der gegebenen „Heeresleitung zu unterstellen, um wie im Lande und im Volke, so auch im Heere die revolutionäre: Propaganda aufzunehmen, die auf die Umstellung des Krieges aus einem imperialistischen Raubkrieg in einen revolutionären Abwehrkrieg gerichtet sein mußte, und die deshalb nicht die Niederlage des eigenen Landes und Volks wünschen konnte, weil die vollendete Niederlage den Sieg der Revolution ausschloß, sobald sie das Wirtschaftsgebiet zerrümmerte und Land und Volk entwaffnete. Diese Politik hatte um so weniger mit Sozialchauvinismus zu schaffen, womit Lenin an anderer Stelle die Landesverteidigung im Weltkrieg einfach gleichsetzt, als sie die sofortige Eröffnung des Kampfes *gegen den Burgfrieden* zum Ausgangspunkt ihrer revolutionären Tätigkeit machte, während die Sozialchauvinisten gerade in der Verhinderung der Revolution und in der Innehaltung des Burgfriedens unter gleichzeitiger Propaganda gegen die Bourgeoisien der anderen Länder das Schicksal der Arbeiterklasse des eigenen Landes mit dem Schicksal der Bourgeoisie ihres Landes unlöslich zu verketten bestrebt waren.

[46:] Weil aber Lenin nicht erkennt, wie gerade die revolutionäre Klasse ein Interesse hat an der *Freiheit und Unabhängigkeit des Landes*, das sie für sich zu erobern sich anschickt, steht er auch der Stellung des revolutionären Flügels der deutschen Arbeiterklasse zum Frieden von Versailles verständnislos gegenüber. Er gibt der deutschen Arbeiterklasse den freundlichen Rat, sich mit dem Versailler Verträge zeitweilig abzufinden, „da nichts Unmögliches darin liege, daß Sowjetdeutschland mit Nutzen für die Revolution ein längeres Bestehen des Versailler Friedens aushalten könne“. Das ist derselbe Mann, aus dessen engstem Kreis gegen uns die Beschuldigung erhoben wird, wir arbeiteten auf eine Scheinräterepublik hin. Die Worte Lenins sind in sich so ungeheuerlich und stützen derart die von uns gekennzeichnete Politik des Trebitsch-, Levi-, Radek-Klüngels, daß man: sich

diesen Ausspruch bei einer so über jeden Zweifel erhabenen Persönlichkeit nur erklären kann, wenn Lenin nicht die leiseste Ahnung hat von der deutschen Gesamtsituation, und wenn er von den Einbläsern des Radekklüngels absichtlich irre geführt und in eine Linie der Politik gedrängt wird, die er mit Entrüstung von sich weisen würde, sobald er auch nur entfernt sich bewußt wäre, zu welchen Zwecken sein Name und sein Ruf mißbraucht werden. *Eine deutsche Räterepublik, die den Versailler Frieden unangetastet ließe, wäre eine erbärmliche Komödie, aufgeführt auf dem Rücken der deutschen Arbeiterklasse von den Agenten des Völkerbundes.* Gewiß kann dieser, wenn die bürgerliche Staatsgewalt sich mit jedem Tage mehr zerreibt, auf den Gedanken kommen, durch eine „reine Arbeiterregierung“ und unter Dekretierung einer Räteverfassung von oben her die Arbeitermassen Deutschlands zur Leistung der von der sozialdemokratischen Regierung übernommenen Verpflichtungen zu zwingen, und in der Tat mag eben dies den Intentionen eines Levi, eines Trebitzsch und ihrer Hintermänner entsprechen. Die deutsche Revolution aber hat mit dem schmutzigen Täuschungsmanöver gerissener Börsenspekulanten und Winkeladvokaten nichts zu schaffen. Die deutsche Revolution richtet ihren Frontalangriff gegen eben jenes Finanzkapital, als dessen Eintreiber und Büttel heute die deutschen Unternehmer und ihr Staat erscheinen. *Und jeder Stoß, den die deutsche [47:] Arbeiterklasse dem bürgerlichen Staat und den deutschen Unternehmern versetzt, ist ein unmittelbarer Angriff auf das internationale Finanzkapital und damit auf den Völkerbund.* Anerkennung des Friedens von Versailles, das heißt Anerkennung der Verträge von Spaa, das heißt Uebernahme der Verpflichtung zur Entwaffnung von Volk und Land, das heißt freiwillige Kastrierung und Erdrosselung der deutschen Revolution durch die Arbeiterklasse selbst. Unsere Politik setzt für ihre Durchführung den bewaffneten Aufstand in allen deutschen Ländern voraus, und dieser Aufstand ist zugleich der nationale Aufstand gegen die Fremdherrschaft und der proletarische Aufstand für die Räteverfassung. Und ohne diesen siegreich durchgeführten Aufstand wird es in Deutschland keine Räterepublik geben. Eben deshalb aber wird vom ersten Tage ihres Bestehens an die deutsche Räterepublik das Objekt der wütenden Angriffe aller weißgardistischen Banden der Erde sein.

Dies ist der Inhalt jener revolutionären Orientierung, die ein finanzkapitalistischer Klüngel als Verrat an der proletarischen Internationale zu bezeichnen sich erdreistet. Wir wünschen Lenin, daß es ihm gelingen möge, durch die dichten Schleier hindurchzublicken, die eine Sippe von Piraten der Revolution vor seinen Augen ausgebreitet hat. Wir wünschen dies offen und ehrlich, nicht um unsere Politik zu stützen, die dieser Stütze nicht bedarf, sondern um seiner selbst willen.

*

Die *russischen Formen der Diktatur* erklären sich aus der Tatsache, daß in Rußland kaum die ersten Ansätze einer bürgerlichen Entwicklung vorhanden waren, als im Sturme der Revolution eine Vorhut des Proletariats das Steuer der Staatsgewalt ergriff. Die russischen Schwierigkeiten kommen daher, daß dort die *bürgerliche Wirtschaft zwar zurückgedämmt*, aber nicht erledigt ist. Und deshalb ist auch nicht erledigt die *bürgerliche Form der Politik*.

Die russische Wirtschaft braucht die *deutsche Arbeit*. Nur aus einem kapitalistisch voll ausgereiften, industriell hoch entwickelten Lande kann [48:] Rußland die Formen schöpfen für die Organisation der Arbeit und die Entwicklung von Industrie, Technik. und Verkehr, die zu seinem wirtschaftlichen Aufbau nötig sind. Rußlands Wirtschaftskenner wissen, daß Rußland die deutsche Arbeit dringend braucht, und daß für Rußland die deutsche Arbeit nötiger ist als Gold.

Die *deutschen Arbeiter* aller Schichten werden gern nach Rußland gehen. Aber sie werden dorthin als freie Männer gehen. Erst nach dem Siege der deutschen Revolution werden deutsche Arbeiter in Massen nach Rußland wandern, erst dann, wenn ein *starker proletarischer Staat hinter ihnen* steht, werden sie in der Lage sein, Rußland das zu geben, was Rußland dringend braucht.

Aber die deutschen Arbeiter werden auch *in Rußland Deutsche* sein. Sie sind keine Muschiks und keine Chinesen, und sie wünschen nicht, es zu werden.